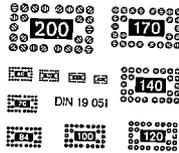


# Für eine europäische Friedensordnung



Programmwerkstatt im Erich-Ollenhauer-Haus



# Inhalt

	Seite
<b>Einleitung</b>	
<b>Die Leitlinien des Irseer Entwurfs</b>	3
Oskar Lafontaine	
<b>Dimensionen einer neuen Phase der Entspannungspolitik</b>	5
<b>Podiumsdiskussion</b>	
Dr. Christiane Rix, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg	
Dr. Heinrich Vogel, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien	
Prof. Dr. Horst Ehmke, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion	
Margot Käßmann, Dt. Evang. Kirchentag – Arbeitsstelle „Konzil des Friedens“	
<b>Diskussion</b>	
<b>Arbeitsgruppen</b>	
<b>I. Möglichkeiten gesamteuropäischer Zusammenarbeit</b>	8
Karsten Voigt, MdB	
Dr. Peter Bender, Journalist	
Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, Naturwissenschaftler	
Moderation: Edelgard Bulmahn, MdB	
<b>II. Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit</b>	14
Dr. Andreas von Bülow, MdB	
Dr. Albrecht von Müller, Max-Planck-Gesellschaft/Deutsche Forschungsgemeinschaft	
Wolfgang Brost, Flotillenadmiral, BMVg	
Moderation: Katrin Fuchs, MdB	
<b>Politik und Rolle der beiden deutschen Staaten für eine europäische Friedenssicherung</b>	19
<b>Disput</b>	
Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister für Besondere Angelegenheiten	
Egon Bahr, MdB, Mitglied des Parteipräsidiums der SPD	
Moderation: Günter Gaus	
<b>Zusammenfassung der Diskussion</b>	29
Dr. Erhard Eppler	

## Einleitung Die Leitlinien des Irseer Entwurfes

Oskar Lafontaine

### I.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, ... Die Ablehnung kriegerischer Auseinandersetzung und das Erstreben einer auf Gewaltfreiheit gegründeten Gesellschaft haben die Sozialdemokratie von Anbeginn an geprägt. Zeit unseres Bestehens haben wir die Ansicht vertreten, daß letztlich nur ein nach innen demokratisch organisierter Staat nach außen friedfertig sein könne

„Friedenspolitik muß“, so der Irseer Entwurf, „Machtkonflikte entschärfen, Interessenausgleich suchen, gemeinsame Interessen aufgreifen, dem Vormachtstreben entgegenwirken, den Systemgegensatz in eine friedliche, an Regeln gebundene Systemkonkurrenz überführen und unvereinbare Wertvorstellungen so vertreten und verwirklichen, daß sie keine Bedrohungsängste auslösen.“

Die Entspannungspolitik der späten sechziger und siebziger Jahre war eine wichtige Etappe dieser Friedenspolitik. Sie hat die Lage in Europa entscheidend verändert. Nicht nur die Verträge von Moskau und Warschau, das Viermächte-Abkommen von Berlin, der Grundlagenvertrag oder die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) haben Geschichte gemacht und sind am Ende auch von der Mehrzahl der Konservativen anerkannt worden. Auch „Glasnost“ und „Perestroika“ wäre ohne sie wohl kaum machbar gewesen. ...

Die vor allem in den Vereinigten Staaten verbreitete Kritik, die erste Phase der Entspannungspolitik sei nicht durch Abrüstungserfolge gekennzeichnet, ist lange Zeit nicht falsch gewesen. Aber: Wir erleben heute eine Situation, in der – vor dem Hintergrund einer geänderten sowjetischen Sicherheitspolitik – durch den Abschluß des INF-Vertrages erstmalig die Hochrüstungspolitik abgebrochen werden konnte. Jahrzehntelang waren Rüstungsexperten und Politiker bemüht, den Menschen in Ost und



Oskar Lafontaine

West die ständige Steigerung des Risikos unter dem Etikett „mehr Sicherheit“ zu verkaufen. Es ist das Verdienst der Friedensbewegung, gedanklich aus dem Teufelskreis dieser „Unsicherheitspolitik“ ausgebrochen zu sein.

Nach Auffassung der Sozialdemokratie muß jetzt der Prozeß, der durch das Mittelstrecken-Abkommen in Gang gekommen ist, mit aller Energie vorangetrieben werden. Es gilt, den fatalen Tendenzen, gerade auch in der CDU/CSU, entgegenzuwirken, die seine Fortsetzung gefährden.

Diese Kräfte versperrern auch den Weg, der weiteren Verelendung und Verschuldung der Staaten der sogenannten Dritten Welt durch eine Reduzierung der Rüstungsausgaben entgegenzuwirken. ...

### II.

Das Konzept der „atomaren Abschreckung“ und der „flexible response“ würde im Falle eines Falles zur Zerstörung all dessen führen, was wir zu verteidigen

vorgeben. Dies ist nicht mehr akzeptabel. In einer Zeit, in der militärische Sicherheit zwischen Ost und West nicht mehr durch Rüstung erreicht werden kann, muß sie miteinander organisiert werden. In unserem Programmentwurf hat die von Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten entwickelte Konzeption der gemeinsamen Sicherheit Eingang gefunden. Nur blockübergreifend organisierte Sicherheit bietet den Ausweg aus der Logik der Abschreckung.

Gemeinsame Sicherheit geht von der Erkenntnis aus, daß nicht nur die ökonomischen, ökologischen, politischen, kulturellen und militärischen Verflechtungen und Abhängigkeiten ständig zunehmen, sondern auch Gefahren und Krisen – gewollt oder ungewollt – grenzüberschreitend wirken. Jeder Staat muß im eigenen Interesse Mitverantwortung für den anderen übernehmen. Ein solches Denken verlangt den Bruch mit den uralten Denk- und Verhaltensstrukturen der herkömmlichen Sicherheitspolitik. Es verlangt, so der Irseer Entwurf, „den Abbau von Drohpotentialen bis hin zur strukturellen Nichtangriffsfähigkeit.“

Die SPD hat dazu Vorarbeiten geleistet, die häufig als „Nebenaußenpolitik“ geschmäht wurden. Gemeinsam mit den kommunistischen Parteien der DDR, CSSR und Polens haben wir konkrete Schritte zum Abbau der chemischen Waffen vorgeschlagen. Die Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors würde zusätzliche Sicherheit für Mitteleuropa bedeuten.

Dringend notwendig erscheint mir in diesem Zusammenhang, das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit und strukturellen Angriffsfähigkeit in einem Reformkonzept der NATO zu verankern. Das Angebot der Staaten des Warschauer Paktes vom 28. Mai 1987, über die Veränderung der Militärdoktrinen zu reden, sollte nicht ungenutzt verstreichen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich in ihrem Programmentwurf zum Atlantischen Bündnis. Sie bejaht die Bundeswehr als Instrument der Kriegsverhütung, und sie sieht darin auch die entscheidende Aufgabe der NATO. Daran muß sich die Strategie des Bündnisses immer wieder messen lassen. Sicherheitspolitisches Ziel sollte die Festlegung der NATO und des Warschauer Paktes auf strukturelle Angriffsfähigkeit sein.

Es ist an der Zeit, eine zweite Phase der Entspannungspolitik zu beginnen.

### III.

Sie paßt zusammen mit dem fortschreitenden Prozeß der westeuropäischen Einigung, die in eine neue Phase eingetreten ist. Die EG wurde erweitert. 1992 soll es zu einem einheitlichen Markt kommen. Das bereits im Heidelberger Programm 1925 geforderte Vereinigte Europa nimmt im Westen Gestalt an. Im Frieden muß ganz Europa vereinigt sein. Europa als Friedensmacht — das ist das Ziel des Irseer Entwurfs. Die Selbstbehauptung Europas, die dem Frieden dient, indem sie der Konfrontation der Weltmächte entgegenwirkt, ist unerlässlich.

Sie hat u. a. ihre verteidigungspolitische Komponente. In- und außerhalb unserer Partei ist die Diskussion darüber entbrannt, wie sich beispielsweise die deutsch-französische Zusammenarbeit vor dem Hintergrund genannter Zielsetzung entwickeln soll. Wie auch entschieden wird, eine westeuropäische Verteidigungsstruktur verlangt eine Lösung, die in den dargestellten gesamt-europäischen Sicherheitsprozeß eingegliedert ist.

Die neue europäische sicherheitspolitische Debatte wirft die Frage nach der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Europa auf. Wir gehen davon aus, daß Kennedys Wort, die USA sehe in einem starken und geeinten Europa nicht einen rivalen, sondern einen Partner, weiter gilt. Partnerschaft setzt Respektierung der gegenseitigen Interessen voraus.

### IV.

„Von der Mitte Europas“, so beschreibt der Irseer Entwurf die Aufgabe der Deutschen, „muß im Interesse aller Europäer Frieden ausstrahlen.“

Es geht darum, die gewachsenen Strukturen und Verhaltensweisen der Konfrontation aufzugeben und eine neue Politik zu versuchen. Durch Rüstung erreichen wir nicht mehr, sondern weniger Sicherheit, sie muß miteinander organisiert werden. Ich plädiere in diesem Zusammenhang für einen nüchternen, realistischen Umgang mit der deutschen Frage. Es ist bedauerlich, daß die CDU in ihren jüngsten deutschlandpolitischen Beschlüssen es nicht geschafft hat, zu

einer von ideologischem Ballast befreiten Politik zu finden. ...

Ich bin mit Egon Bahr der Meinung, wenn „der europäische Friede erreicht sein wird, und zwar in Form eines Vertragswerks“, erst dann wird dies der Augenblick sein, „in dem die Deutschen ihre Friedensverträge erhalten müssen“. Insofern drängen sich bei dieser Frage keine Korrekturen an Irsee auf.

### V.

Noch einmal, worum geht es?

Die Grundwertekommission der SPD und das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED haben mit ihrem Papier zum „Streit der Ideologien“ einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan. Systemkonkurrenz kann mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden — ohne dabei Grundsätze aufgeben zu müssen.

Ich freue mich, daß Sie gekommen sind, um mit uns über diesen Weg zu diskutieren. Ich hoffe, daß möglichst viele von Ihnen ihn mit uns beschreiben werden. Frau Wiegmann hat das Wort.

## Dimensionen einer neuen Phase der Entspannungspolitik

### Podiumsdiskussion

#### Barbelies Wiegmann

... Es wird uns die Frage beschäftigen, gibt es eine neue Phase der Entspannungspolitik, wie sieht sie aus, wie ist ihr Umfang, was sind ihre Kriterien und wo sind ihre Grenzen? Wir werden über die Frage diskutieren, was können wir in einer solchen neuen Phase — falls es sie gibt — tun. Können wir sie fördern oder nutzen? Wir, damit meine ich wir Deutschen in der Bundesrepublik; wir, damit meine ich wir Europäer speziell in der Europäischen Gemeinschaft, wir Europäer, die wir wissen, daß wir in einer Zone leben, mit der weltweit höchsten Konzentration gegeneinander gerichteter Streitkräfte... Gerade in der letzten Zeit werden wir alle überschüttet mit Informationen widersprüchlicher Art, zumindest solchen, die widersprüchlich erscheinen können. Wir hören zum einen, das Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung ist gewachsen im Westen, aber auch in Europa, die Dynamik der Aufrüstung sei gebrochen, Sicherheit sei nicht zu errüsten. Es ist die Rede von einem Korridor in Mitteleuropa, frei von Atomwaffen und Artillerie... Wir hören zum anderen, ... daß die Verteidigungsminister eine Modernisierung der Kurzstreckenwaffen befürworten und wir hörten gestern, daß die Entscheidung für das Milliardenprojekt, den Jäger-90, gefallen ist...

#### Horst Ehmke

... Ich glaube der Mangel der ersten Phase der Entspannungspolitik war, daß es uns nicht gelungen ist, den Gedanken der Entspannung auf militärisches Gebiet zu bringen... Es kann aber auf Dauer kein Nebeneinander von Wetrüsten und Entspannung geben, und darum müssen wir versuchen, diesen Punkt zu brechen in einer Fortentwicklung unserer Politik von Gewaltverzicht zur gemeinsamen Sicherheit...

#### Christiane Rix

„Die zweite Phase der Entspannungspolitik kann durchaus zu Konflikten in westlichen Bündnis führen. Mit anderen Worten: Entspannungspolitik in den Ost-West-Beziehungen kann in der zweiten



Dr. Barbelies Wiegmann

Phase Spannungspolitik im West-West-Verhältnis bedeuten. Glaubwürdigkeit für ein friedenspolitisches Programm heißt m. E. klarzumachen, welcher friedensbedrohende Zusammenhang zwischen dem Blocksystem in Europa, dem System der Abschreckung und der wichtigen Rolle des militärischen Faktors für die Sicherheitspolitik besteht. Eine neue Entspannungspolitik im Sinne gemeinsamer Sicherheit kann dieses Gewicht nur verringern, indem sie darauf gerichtet ist, Selbstbestimmung aller Völker und militärische Selbstbeschränkung zu realisieren.“

#### Heinrich Vogel

... Ich glaube, man muß sagen, daß die zweite Entspannungsphase möglich geworden ist durch eine deutliche Wende der sowjetischen Außenpolitik... Dabei ist es der Vergleich mit der Welt draußen Dynamik der Außenwelt gewesen, der die sowjetische Führung dazu gebracht hat, das Verhältnis zum Gegenspieler als etwas Wichtiges für die eigene innere Entwicklung zu sehen...

#### Richard Löwenthal; Mitglied der Programmkommission

... Ich möchte von der These ausgehen, daß es eine europäische Friedensordnung nicht geben wird und geben kann, wenn sie nicht verbunden ist mit einer Friedenswilligkeit der beiden Großmächte... Das heißt, unsere Politik ist nicht eine rein europäische Politik, sondern zum Teil eine Politik der Europäer zur Beeinflussung der Großmächte...

#### Jörg Hüfner; Prof. für Kernphysik an der Universität Heidelberg

... Ich war innerlich erschüttert, als ich erkannte wie anders Frankreich in den ganzen Fragen denkt, insbesondere der Nuklearrüstung. Der Dialog mit Frankreich in dieser Frage ist noch wichtiger als der mit der SED. Denn im anderen Deutschland ist der Boden bereiter als in Frankreich...

#### Horst Ehmke

Das erste, was wir schaffen müßten, wäre, in Europa Atomwaffen rauszukriegen aus Kriegsführungsrollen, das heißt, Gefechtsfeldwaffen und Kurzstreckenraketen. Da wäre die erste Frage an die Franzosen: Wärt ihr bereit, eure sogenannten prästrategischen Waffen wegzunehmen? ... In diesem Bereich halte ich eine Einigung mit Frankreich bei einem Sieg von Mitterrand für möglich... Wir sind der Meinung, wenn man mehr Unabhängigkeit, nicht völlig, aber mehr Spielraum von Amerika haben will, sich auch nicht erpressen und erschrecken lassen will mit irgendwelchen Rückzugsdrohungen... dann sollte Europa ein Stück seiner eigenen Verteidigung mehr in eigene

Hände nehmen... Dazu gehört, daß wenn man mit Frankreich sich unterhält, ... natürlich auch Entspannungspolitik und europäische Rüstungskontrollpolitik ein Teil der deutsch-französischen Absprache sein muß, wenn das irgendeinen Sinn haben soll...

### Christiane Rix

„Nimmt man gemeinsame Sicherheit wörtlich, so handelt es sich um ein gesamteuropäisches blockübergreifendes Konzept. Wird ernst gemacht mit der Erkenntnis, daß Sicherheit nicht mehr auf Kosten der anderen Seite errüstet werden kann, sondern daß Bedrohungswahrnehmungen und Bedrohungsempfinden aller Beteiligten gleichermaßen berücksichtigt werden müssen, dann hat die politische Strategie der Realisierung von gemeinsamer Sicherheit die gesamteuropäische Perspektive zu ihrem Ausgangspunkt und Ziel zu machen. Das heißt, daß sich die einzelnen Schritte daran orientieren müssen, ob und wie sie gemeinsamer Sicherheit als gesamteuropäisches Friedens- und Sicherheitskonzept und damit der Überwindung der Blocksystems dienen. Diese Perspektive scheint mir jedoch im Konzept der „Selbstbehauptung Europas“ unter den Tisch zu fallen. Wir stehen derzeit vor der Tatsache, daß zwar die osteuropäischen Staaten gemeinsame Sicherheit befürworten, nicht jedoch alle westlichen Verbündeten. Vor allem die Franzosen beharren auf nuklearer Abschreckung und wollen weiter rüsten und weiter modernisieren. Die Befürwortung der deutsch-französischen (Rüstungs-)Kooperation muß sich vor diesem Hintergrund negativ auf die Glaubwürdigkeit eines Programms auswirken, das gemeinsame Sicherheit zu einer seiner Kernaussagen macht.“



Dr. Christiane Rix, Prof. Horst Ehmke

### Gerhard Heimann; MdB

... Die Ordnung Europas wird eigentlich dadurch gekennzeichnet, daß nach 1945 mit dem Untergang des Deutschen Reiches eben auch das europäische Staatensystem grundlegend zerstört wurde und Europa seitdem im Grunde unter Hegemonie der beiden Supermächte ruht, auf unterschiedliche Weise. Die Frage ist, ob eine zukünftige europäische Friedensordnung dies einfach fortschreiben soll ...

### Hans-Günther Middelhaue; Ltd. Medizinaldirektor a. D.

... Die Bundeswehr sichert den Frieden, wurde heute morgen gegen den Terror

ist. So sind die gegenwärtig 70.000 Zivildienstleistenden mehr Job-Killer der Nation, denn wer arbeitet schon für noch weniger Geld? Der Zivildienst soll mehr Friedensdienst sein, Dienst für den Frieden, Dienst im In- und Ausland, zur Verständigung beizutragen, zur Völkerverständigung auch im Inland...

### Horst Ehmke

... Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist ein Teil der europäischen Friedensordnung, die wir anstreben...

Lafontaine gesagt. Dies ist eigentlich eine „contradictio in suo...“ Bejahen wir weiterhin eine gewisse Rüstung, und das tut das Programm der SPD unbegreiflicherweise immer noch – nehmen wir einen Krieg in Kauf, und zwar mit allen denkbaren Folgen der Eskalation einschließlich des Einsatzes atomarer Waffen...

### Friedemann Schwarzkopf

... Können wir uns überhaupt verteidigen? Ein Land mit etwa zwei Dutzend Kernkraftwerken und einer breit angelegten chemischen Industrie, auf allen

sein. Dies schließt im übrigen Einseitigkeit nicht aus. Vielmehr wird diese eben erst in ihrer transnationalen Einbindung möglich und wirkungsvoll.“

### Heinrich Vogel

... Man kann französische und andere Nachbarn, in Europa gut verstehen, wenn sie in Sorge geraten, wenn die Deutschen nun das Konzept haben und Vorschriften machen und einseitig werden. Wer sich ein bißchen umhört und nicht nur bei den „Nuklearfischisten“ in Frankreich, sondern auch bei den durchaus nachdenklichen Niederlän-



Heinrich Vogel

dern oder bei den Engländern, bei den Dänen, bei den Italienern, bei den Ungarn, bei den Tschechen, bei den Polen, der weiß ganz genau, daß wir unter sehr dezidiertem Dienstaufsicht, würdigen einmal sagen, stehen. Man beobachtet uns aus sehr gutem Grunde, so gut unsere Absichten sein mögen...

### Ernst Pohl

... Ich vermisse insgesamt in dem Programmwurf, daß man sich zwar auf der Ebene von Politik und Ideologie Gedanken macht um eine europäische Friedensordnung, ohne aber die Frage nach einer europäischen Wirtschaftsordnung zu stellen, die Garant für eine Friedensordnung sein kann.

### Lutz Schmidt-Funke

... Aber Wirtschaftsinteressen sind nach meinem Verständnis auch ein Motor von Aufrüstung, siehe SDI...

### Heinrich Vogel

... Man muß in der Tat sagen, Rüstungsinteressen sind sicher ein Motor für ökonomische Veranstaltungen gewesen... Hier haben wir ein Problem in all den Staaten, in denen Vollbeschäftigung nicht mehr garantiert ist, demnächst auch in der Sowjetunion. Aber es gibt langfristig – auch Grenzen des Wachstums der Rüstungsproduktion. Die haben zu tun mit den Fähigkeiten auch von Großmächten. Schauen wir uns den Zustand des amerikanischen Haushalts und der amerikanischen Zahlungsbilanz an... Auch wir haben Grenzen, die sich aus der demographischen Entwicklung ergeben ... und die Technologie wird immer teurer...

### Christiane Rix

„Die Politik der SPD wird unter anderem daran gemessen, inwieweit ihre konkreten operativen Schritte auf das Ziel einer gesamteuropäischen Friedensordnung hinführen. Es stellt sich somit die Frage, welches die konkreten politischen Beiträge sein könnten, um das Ziel gemeinsamer Sicherheit in Europa zu erreichen oder ihm zumindest näher zu kommen. Hier muß die Diskussion meines Erachtens innerhalb der SPD noch weitergehen. Das Problem des Verhältnisses zu den USA und die Frage der westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft, der Rolle Frankreichs und der Bedeutung bzw. Zukunft nuklearer Waffen ist noch nicht so diskutiert und bearbeitet, damit die Antworten, die bisher gegeben wurden, zusammenpassen.“

### Heinrich Vogel

... Ich teile die Meinung, die sagt, daß die Fixiertheit unserer westeuropäischen Politik, auf die Ausweitung und Vertiefung der westeuropäischen Integration unter Umständen sehr teuer erkaufte wird durch Enttäuschung und Zerstörung von Hoffnungen, die bei den kleineren und mittleren Staaten Osteuropas bestehen, die an Kraft gegenüber dem Hegemon Sowjetunion gewonnen

haben. Ich würde also anregen, auch den Gedanken einer gesamteuropäischen Gemeinsamkeit sich einmal zu überdenken im Sinne einer wichtigeren Rolle für die kleineren und mittleren Staaten Europas im Verhältnis zu den Großmächten, und sei es auch nur die eines Mahners...

### Margot Käbmann

... Ich denke, daß die Forderung einer europäischen Friedensordnung auch zum leeren Konsens werden kann, wenn nicht doch eine breite Lern- oder Umbewegung gefördert wird...



Margot Käbmann

### Barbelies Wiegmann

... Vielleicht sage ich jetzt noch meinen persönlichen Eindruck. Ich denke, daß viele Fragen doch ein wenig mehr geklärt werden könnten. Für mich bisher hat noch ein wenig gefehlt die Frage, wie steht es mit unserer eigenen Friedfertigkeit, denn ich habe gelernt, daß man in einer Gesellschaft nur ändern kann, wenn man sich selber ändert...

# AG I. „Möglichkeiten gesamteuropäischer Zusammenarbeit“

Peter Bender

... Die Europäer sind auf beiden Seiten dem Militarismus verfallen. Damit meine ich das Eindringen militärischer Gesichtspunkte in das politische Denken. Die Beherrschung der Diskussion von militärischen Gesichtspunkten scheint mir einen Grad erreicht zu haben, in dem ein Gegensteuern in Hinblick auf politische, wirtschaftliche und andere Gesichtspunkte des gemeinsamen Hauses Europas dringend erforderlich ist. Es gilt die uralte Formel Sicherheit durch Zusammenarbeit. Das ist eine Formel aus den 60er Jahren, und ihr gebührt die gleiche Bedeutung, der gleiche Rang wie jetzt der Begriff der gemeinsamen Sicherheit und strukturellen Nichtangriffsfähigkeit hat.

Das Vorbild haben wir bereits vor uns in Westeuropa. In Westeuropa ist es nicht mehr möglich, einen Krieg zu beginnen, selbst wenn es einer will. Selbst wenn die Amerikaner rausgingen, selbst wenn die Nato sich auflösen würde, allein durch die westeuropäische Gemeinschaft sind diese Länder in einem solchen Maße miteinander verbunden, sind so verzahnt in ihren Interessen und ihren Pflichten und haben so viele wechselseitige Abhängigkeiten unter sich hergestellt, daß es inzwischen auch psychologisch nicht mehr geht, daß einer über den anderen herfällt.

Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist, können wir diesen Zustand Westeuropas auf den ganzen Kontinent übertragen? Ich glaube in dieser Form sicherlich nicht. Denn wir haben es dort zugleich mit einer Weltmacht zu tun. Eine Weltmacht kann man nicht in dem Grade ökonomisch fesseln wie das mit mittleren und kleineren Staaten geht. Aber auch eine Weltmacht, kann man mit so viel starken Interessen binden, daß sie in ihrem eigenen Interesse militärische Optionen immer weiter ausschließt. Wie bei allen wirklichen Wandlungen, die wir jetzt in diesen Jahren durchmachen, fängt die Koope-

ration vermutlich im Kopf an. Damit meine ich, daß es der Normalzustand ist, daß ich mich nicht von anderen abhängig machen will. Wir müssen z. B. möglichst viele Gegenden haben, aus denen wir Öl beziehen, damit wir nicht



v.l.n.r. Karsten Voigt, Dr. Peter Bender, Edelgard Bulmahn, Prof. Hans-Peter Dürr

von irgend jemanden abhängig sind. Das Umdenken zu sagen, daß Abhängigkeit hier sogar politisch gewollt ist, weil sie einen friedensstiftenden, stabilisierenden Effekt hat, das ist glaube ich ein großer Schritt, der auch wider die Natur der eigenen Selbstbehauptung geht. Daß Ost-West-Zusammenarbeit wichtig und nötig sei, kann man in fast jeder Politiker-Rede hören; doch mir scheint, die Sicherheit und Stabilität stiftende Bedeutung von Kooperation ist in vollem Umfang noch nicht verstanden und wird in der Politik zu wenig berücksichtigt. Doch diese Bedeutung ist elementar: Denn durch Rüstungskontrolle und Abrüstung schließen wir – im besten Falle – lediglich aus, daß der eine den anderen etwas antut. Wir verhin-

dern etwas, aber bewirken noch nichts Positives. Die Gemeinsamkeit, die doch die eigentliche Voraussetzung ist für ein Gesamteuropa, die kann doch nur geschaffen werden dadurch, daß wir so viel miteinander anfangen wie überhaupt nur möglich ist.

Hans-Peter Dürr

Es wird die Geschichte kolportiert, als Präsident Reagan Generalsekretär Gorbatschow in Genf getroffen habe, daß er ihm gesagt hat, Herr Generalsekretär, wenn wir heute von einem anderen Stern angegriffen würden, dann

wären wir nicht weiter gehandhabt werden können. Wir wissen, daß wir uns anstrengen müssen, eine langfristige Energieversorgung sicherzustellen, die ohne Kernkraft geht. Wir wissen, daß wir die Weltwirtschaftsordnung ändern müssen, damit die Menschheit in einen stabileren Zustand kommt. Es sind also alles Fragen, die nicht nur den Westen betreffen. Im Inseer-Entwurf wird aufgezeigt, daß Frieden für uns nicht nur das Schweigen der Waffen ist, sondern auch der Prozeß, in dem Gewalt abnimmt und Gerechtigkeit zunimmt. Wir müssen uns überlegen wie wir diesen Prozeß eigentlich nach Kräften befördern können. Wir sollten nicht übersehen, daß wir Machtkonstellationen haben, die wir nicht wegdiskutieren können. Machtblöcke haben auch eine gewisse Eigendynamik entwickelt, aus der sie sich nicht so einfach lösen können. Wir können auch ein fahrendes Auto nicht einfach mit bloßen Händen anhalten, wir müssen aufspringen, wir müssen sehen wo die Bremsen sind, wo das Lenkrad ist, d. h. dazu benötigen wir mehr Einsicht in den Mechanismus, der solche Prozesse antreibt. Wie können wir eigentlich diesen Lernprozeß fördern, anstatt immer wieder nur auf Katastrophen angewiesen zu sein. Man spricht sehr viel von neuem Denken. Ich glaube wir sollten als Nahziel uns zunächst einmal vornehmen, daß wir überhaupt denken. Manche Leute verwechseln Denken mit dem Öffnen von Schubladen, wo sie alle möglichen Patentrezepte verstaubt haben. Das hat mit Denken noch nichts zu tun... Kooperation ist ein wichtiger Punkt, denn Kooperation bedeutet, daß wir gemeinsam über diese Probleme nachdenken sollen. Aber es ist auch noch etwas anderes wichtig, daß wir nicht beim Denken stehenbleiben, sondern fragen, ob die Dinge, die wir als richtig erkannt haben, auch umgesetzt werden können... Wir haben in den letzten Jahren ein, zwei Dinge in Gang gesetzt. Wir haben z. B. in Starnberg bei München das sogenannte „global challenges network“ in Gang gesetzt. Es soll eine horizontale Vernetzung auf einer unteren Ebene bewerkstelligen. Wir warten nicht darauf, bis sozusagen da oben die Regierung uns sagen, so jetzt dürft ihr mit der anderen Seite reden, sondern wir wollen selbst mit dem Reden anfangen. Die SPD macht das ja auch. Die redet ja auch mit der SED drüben, obwohl sie keinen Auftrag von der Regierung hat. Genau das müssen wir auch auf einem

ganz breiten Niveau machen, daß also je nach Talent und je nach Verbindungen, hier Kontakte aufgenommen werden. Diese Überlegungen haben auch international Anklang gefunden. Vielleicht haben einige von Ihnen gehört, daß Mitte Januar dieses Jahres in Moskau auch eine Stiftung gegründet wurde, die die den etwas länglichen Namen hat „International Foundation for the Survival and the Development of Humanity“ eine internationale Stiftung für das Überleben und die Entwicklung der Menschheit und der Menschlichkeit...

Gorbatschow hat schon angeknüpft, wenn ich wirklich abrüsten darf, dann bin ich eigentlich bereit, einige Prozen-



Hans-Peter Dürr

te meines Wehrhaushaltes in diese Richtung umzulenken und es wäre sehr schön, wenn die anderen Länder in diesem Punkte mit der Sowjetunion weiterföhren würden. Es würde also darum gehen, wer am meisten Prozente von seinem Wehrhaushalt in diese andere Richtung lenken darf. Ich glaube, ein guter Anfang ist gemacht.

Karsten Voigt

... Das erste: Wir haben schon eine schriftliche Verfassung einer künftigen europäischen Friedensordnung. Dies ist die KSZE-Schlufakte. Die politische Wirklichkeit Europas entspricht den Normen dieser Verfassung noch nicht. Sozialdemokratische Frie-

denpolitik umfaßt Weg und Ziel der Formulierung der Verfassung, KSZE-Schlufakte, hin zur Verwirklichung einer europäischen Friedensordnung. Meiner Meinung nach muß dieser Weg geprägt sein von drei Begriffen: Entfaltung, Entmilitarisierung und Zusammenarbeit; damit sage ich gleichzeitig auch, daß militär- und abrüstungspolitische Fragen nur ein Element von Friedenspolitik sind. Der Abbau der Feindschaft hängt zwar mit dem Abbau des Militärischen zusammen, aber umgekehrt kann auch das Militärische nur zurückgedrängt werden, wenn die Feindschaft abgebaut wird.

Zweitens: Warschauer Vertrag und Nato waren Ergebnisse des Antagonismus. In gewisser Weise waren auch die Gründung von RGW und EG ursprünglich Ausdruck des Antagonismus, denn die EG war gegründet worden als ökonomische Stabilisierungsmaßnahme gegen befürchtete soziale politische Destabilisierung durch Einflüsse von östlicher Seite. Ich meine, daß wir von einem Europa des Antagonismus hinkommen müssen zu einem Europa des Pluralismus. Dieser Weg wurde in der europäischen Geschichte schon einmal beschrieben. Es bestand ein auch militärisch ausgeprägter Antagonismus zwischen Protestanten und Katholiken. Als Ergebnis eines historischen Lernprozesses wurde dieser Antagonismus mit den Toleranzedikten und mit der Möglichkeit der Toleranz, nicht nur protestantischer und katholischer Auffassungen, sondern jedweder religiöser und philosophischer Überzeugungen konstruktiv gewandt.

Damit rede ich drittens einer Reform der Gesellschaftssysteme in Ost und West das Wort, nicht einer Konvergenz. Eine Reform übrigens nicht nur der osteuropäischen Systeme, wie manchmal bei uns der Eindruck erweckt wird. Ich bin auch für eine Reform der Gesellschaftsordnung in Westeuropa. In diesem Prozeß verändern sich beide Systeme. Wir haben drüben nicht mehr den einen uniformen Sozialismus, was immer das heißen mag, sondern wir haben heute bereits eine Pluralität von Sozialismen. Auch hüben bestehen beträchtliche Unterschiede in der gesellschaftlichen Wirklichkeit unterschiedlicher der kapitalistischer Staaten. Ziel ist der wesentliche Respekt vor einem gesellschaftlichen Pluralismus in Europa. Insofern geht es um mehr Pluralismus in Europa. Es geht auch darum, daß wir den Pluralismus produktiv nutzen,

daß dieser schöpferische Pluralismus zu einem guten Bestandteil der Verfassungswirklichkeit in Europa wird. Europa wird nur an Einheit gewinnen in dem Maße wie dieser Pluralismus selber akzeptiert wird.

**Viertens: Militärbündnisse.** Sie sind Mittel zum Zweck und nicht Selbstzweck. Das heißt, daß für mich die Nato ein Instrument zum Schutz des Grundgesetzes ist, aber nicht ein Grundwert und auch nicht ein Teil unserer Staatsräson. Wenn die Grundwerte mit anderen Mitteln gesichert werden können, dann wird die Nato überflüssig. Ich arbeite auf eine europäische Friedensordnung hin, in der die Militär-

lar EG. Deshalb bin ich für die Festigung der westeuropäischen Integration als Voraussetzung dafür, um unsere Verhandlungsfähigkeit mit den osteuropäischen Staaten zu verbessern, aber nicht im Sinne einer Vertiefung der Gräben zwischen Ost und West und auch nicht, um die Blocksituation zu verfestigen, sondern um sie handlungsfähig zu machen für Entspannungs- und Abrüstungspolitik.

**Fünftens: Das Verhältnis zwischen Fern- und Nahziel.** Strukturelle Angriffsfähigkeit ist ein Weg zu einer gewaltfreien Friedensordnung, aber noch nicht identisch mit ihr. Das gleiche gilt für das, was man Minimal-Ab-



„SS-20“, vorgesehen für die Verschlottung

bündnisse überflüssig werden. Ich bin nicht für den Austritt aus den Bündnissen, ich glaube auch nicht, daß ein Ausstieg richtig wäre oder ich gehe nicht zu denen, die meinen, den Bündnissen einen Ewigkeitswert verleihen zu sollen. Bündnisse haben neben ihrer Schutzfunktion auch eine Veränderung ihres Zwecks vollzogen. Sie dienen nämlich nicht mehr nur Abwehr von Androhungen, sondern sie sind auch ein Mittel der Kooperation. Dies muß sich bei dem Prozeß über konventionelle Abrüstung bewähren. So kann ein ursprünglich gegeneinander gerichtetes Instrument umfunktioniert werden als ein Mittel der Kooperation. Zum Teil geschieht das schon. Das geschieht übrigens nicht nur bei der Nato, dieser Funktionswandel vollzieht sich auch mit

schreckung nennt. Minimal-Abschreckung bedeutet Abkehr von immer flexibleren nuklearen Optionen. Das kann auch bedeuten, daß in Europa sich keine landgestützten Nuklearwaffen mehr befinden, aber Minimalabschreckung bedeutet nicht das Ende der nuklearen Abschreckung. Insofern ist sogar nüchtern festzustellen: solange es zwei Nuklearmächte im Ost-West-Konflikt gibt, solange bleibt Europa, sogar wenn keine einzige Nuklearwaffe in Europa stationiert wäre, in das System der nuklearen Abschreckung eingebunden. Deshalb ist im Sinne dieser funktionalen Aspekte das Gerüde über die Entnuklearisierung Europas auch bei einer zweiten, dritten oder vierten Null-Lösung von der Sache her falsch. Falsch, was das hofft, von Seiten der Friedensbewe-

gung, einige tun es, nicht alle. Falsch als Drohgebärde auf Seiten der CDU, die fürchtet, wenn die zweite, dritte oder sonstige Null-Lösung folgt, sei Europa entnuklearisiert. Es geht heute darum, ob wir in Europa die landgestützten Nuklearoptionen militärisch brauchen; ich meine, daß wir sie in Ost und West abschaffen sollten.

Damit komme ich zum letzten Punkt: **Entspannungspolitik als Lernprozeß.** Es geht es im Ost-West-Konflikt darum, anstatt in Gegensätzen zu erstarren, sein Denken zu entlocken und die Widersprüche produktiv zu wenden. Das versucht die SPD mit dem Ideologie-Papier zwischen SPD und SED, das versuchen wir mit sicherheitspolitischen Diskussionen mit kommunistischen Parteien in Osteuropa. Entspannungspolitik als Lernprozeß kann man nicht einseitig vollziehen. Einseitige Gesten als Ergebnis des Lernprozesses können sinnvoll sein, es braucht auch nicht alles ausgehandelt zu werden, aber Lernprozesse kann man nicht einseitig sondern nur partnerschaftlich organisieren. Im Ost-West-Konflikt müssen sie beidseitig organisiert werden. Man braucht also einen begleitenden gemeinsamen Lernprozeß, damit Signale, auch wenn sie einseitig gegeben werden richtig wahrgenommen werden und zu wechselseitigen Verhaltens- und Einstellungsänderungen führen. Man braucht diese Lernprozesse, damit schließlich auch Verträge völkerrechtlich verbindlich formuliert werden können.

### Gerd Pflaumer;

Gustav-Heinemann-Initiative

... Ich meine, daß ein gemeinsames europäisches Haus und eine gemeinsame europäische Friedensordnung natürlich auch die Menschen einbeziehen muß, die in Europa leben. Wir brauchen so etwas wie eine gesamteuropäische Friedensbewegung. Die muß natürlich auch diejenigen Gruppen aus osteuropäischen Ländern einbeziehen, die sich in den letzten Jahren in zunehmendem Maße herausgebildet haben und die von den dortigen Offiziellen als kritische Gruppen verstanden werden, bzw. in ihrer Arbeit doch noch nicht die Möglichkeiten haben, die sie eigentlich haben sollten. Damit bin ich bei der Frage der **Menschenrechte**.

Wie geht denn die SPD mit diesem gemeinsamen Papier selbst um, wenn es

um Menschenrechtsfragen in der DDR geht. Es genügt offenkundig den Freunden dort nicht mehr, wenn dies, was sicher seinen Stellenwert hat, Jochen Vogel, wenn er bei Honecker ist, dieses thematisiert oder wenn Erhard Epples mit seiner Gruppe in der DDR ist, und das in den verschiedenen offiziellen Gremien zwischen den Parteien thematisiert wird. Einige Freunde aus der DDR erwarten auch, daß die SPD bestimmte Dinge öffentlich thematisiert.

### Karsten Voigt

**Erstens:** Mit meinem Hinweis auf die KSZE-Schlussakte und auf die Notwendigkeit zur Gesellschaftsreform habe ich gerade auch das Thema der **Menschenrechte** gemeint. Insofern würde man mich völlig mißverstehen, wenn ich meine, daß man diese Frage ausklammern kann.

**Zweitens:** Ich glaube, daß man mit diesen **unabhängigen Initiativen in Osteuropa genauso** auf Dauer unbefangenen verkehren muß wie die SED mit der DKP verkehrt. Es gibt zwischen dem was diesen Basisbewegungen dort fordern und dem was die SPD hier tun sollte, Unterschiede, die nicht aufhebbar sind, weil eigentlich die Gruppen dort erwarten, daß wir unsere Gespräche mit den regierenden kommunistischen Parteien in Osteuropa über sicherheits- und Abrüstungspolitische Fragen abbrechen. Diese Forderung wurde teilweise für den Fall vertreten wenn in Bezug auf die Behandlung der dortigen Bürgerrechtsgruppen eine qualitative Wende einträte. Hierzu habe ich Nein gesagt. Die Gespräche über friedens- und Abrüstungspolitische Fragen werden fortgesetzt, auch wenn ich das Verhalten der DDR zu unabhängigen Initiativen nicht billige. Dieses Spannungsverhältnis ist nicht auflösbar, dies ist ein normales Spannungsverhältnis zwischen solchen unabhängigen Basisgruppen und einer Partei, die auch auf der diplomatischen und exekutiven Ebene operieren muß.

### Jürgen Kulawa;

Betriebsrat

Ich möchte auf Ihren Vortrag Herr Bender eingehen. Sie sprachen den **Östhandel** an und die Abhängigkeit. Ich bin Betriebsratsmitglied bei (an Mannesmann-Röhrenwerken in Duisburg

und somit in einem Unternehmen beschäftigt, das zu 50% abhängig ist von Aufträgen aus dem Ostblock. Die Abhängigkeit haben wir sehr deutlich gebracht bekommen, beim großen Erdgas-Röhrengeschäft. Der amerikanische Präsident Carter hat damals erreicht, daß dieses Projekt gestrichen wurde und das bedeutete für etwa 25 000 Kollegen Arbeitsplatzverlust und Kurzarbeit. Wir haben heute die Lasten davon zu tragen. Die Sowjetunion hat ihre Prioritäten verändert. Ich konnte bei einer Besichtigung in der Sowjetunion feststellen, daß sie im Don-Becken und in Wolgograd die Rohranlagen bis zu 275% ausgedehnt haben. Da man ein Großraum-Werk baut mit einer Jahreskapazität von 750 000 Tonnen und das sind alles Aufträge, die wir aufgrund der Embargo-Politik nicht mehr bekommen. Wenn wir den Osthandel nehmen, der durch Willi Brandt und Walter Scheel 1969 eingeleitet wurde, im Höhepunkt 26 Milliarden, das waren 5% des Gesamthandels, und der ist heute um 2% auf 3% abgesackt. Das sind genau die großen Lücken, die in der Stahlindustrie in der Bundesrepublik entstanden sind. Ich brauche wohl über Duisburg, Krupp, Mannesmann in Rheinhausen nicht zu sprechen. Meine Frage an Sie: Sehen Sie eine Möglichkeit unter dem jetzigen Kanzler, für eine Wende in der Handelspolitik mit dem Osten und einen Wiederanstieg des Osthandels?

### Peter Bender

Man geht ja da auf ganz merkwürdige Verbündete hin, die Großindustrie, die sonst ja nicht zu den Freunden und Parteigängern der SPD gehört, das sind diejenigen, die noch die meisten Ausichten haben, einen gewissen Druck auf diesen Kanzler auszuüben. Ich habe eine leise Hoffnung, daß etwas mehr Standfestigkeit gegenüber dem Druck aus Amerika auch bei dieser Regierung zu erwarten ist, und zwar aus innenpolitischen Gründen, weil solche Leute wie sie auftreten und das sagen.

### Ingeborg Erhard

Ich möchte Sie bitten, etwas dazu zu sagen, welche Möglichkeiten Sie sehen in Anbetracht gemeinsamer ökologischer Grenzen. Ich denke, daß die Konfrontation der Blöcke eigentlich etwas sehr altmodisches, historisch überholtes

geworden ist angesichts dieser Probleme auf dem ökologischen Gebiet.

### Hans-Peter Dürr

Ich kann gleich darauf antworten. Unter den Projekten, die wir jetzt in die erste Wahl gezogen haben, ist ein Projekt, das lautet „saubere Ostsee“ und wir haben die Ostsee von allen Binnenmeeren ausgewählt, weil eben dort wirklich die Verkopplung von Ost und West notwendig ist. Viele sagen, das ist viel schwieriger, Mittelmeer wäre viel einfacher. Die Hoffnung ist, daß wir alle erkennen, daß das Problem die Ostsee sauberer zu bekommen, nicht so verstanden werden sollte, daß man auf den einen oder anderen zeitig und sagt, du bist der Schuldige. Sondern daß man das als ein gemeinsames Projekt betrachtet. Da sind z. B. die Schweden drin mit ihren Papierfabriken, so daß es also nicht nur östliche Partner sind, die man hier kritisieren muß. Die Vorstellung ist, daß die Bevölkerung in großem Maße einbezogen werden soll, etwa nach den Muster, wie man angefangen hat, den Rhein sauberer zu bekommen... Ich möchte dabei ganz stark dezentralisierte Lösungen anstreben, weil ich festgestellt habe, daß da die größte Kraft steckt. Aber die dezentralen Aktivitäten müssen vernetzt werden, damit diese Gruppierungen wissen, daß sie nicht allein diese Arbeit verrichten müssen, sondern hier eingebunden sind sozusagen in eine größere Solidarität.

### Christian Krause

Wenn ich der Diskussion bisher richtig gefolgt bin, dann sind wir uns in zwei Fragen einig. Nämlich, daß im Ost-West-Konflikt ansatz der Konfrontation die Kooperation treten soll und, daß der Ost-West-Konflikt entmilitarisiert werden soll. Ich stimme mit Karsten Voigt überein, daß wir bereits für ein in Frieden geordnetes Europa ein Grundgesetz haben, nämlich im ersten Teil der KSZE-Schlussakte, z.T. auch in Teil zwei und drei. Meine Frage ist aber auch, wenn ich auf das Wort Friedensordnung da vorne schaute, was kommt eigentlich, wenn wir diese Ziele erreicht haben. Was ist **außer dem Sinn dieses Ordnung**? Das ist die erste Frage, die ich stellen möchte: die Kontrolle der Macht. Die zweite Frage ist: die **Regelung von Konflikten** und die dritte Frage ist: Bewältigung von Krisen. Nun

kann man sagen, das ist zur Zeit auch nicht geregelt. Aber da bin ich anderer Meinung. Es ist zwar ganz unbefriedigend geregelt und auch mit sehr hohen Risiken verbunden, aber die Kontrolle der Macht ist sicher zur Zeit durch die gegenseitige Abschreckung gegeben. Die Regelung von Konflikten tritt zur Zeit gar nicht in Erscheinung, weil eben die Abschreckung da ist und Konflikte gar nicht geregelt werden müssen, weil sie nicht zum Austragen kommen. Das dritte, die Krisenbewältigung: wenn man einmal auf die historischen Ereignisse der letzten Jahrzehnte zurückschaut, das haben meistens die beiden Weltmächte unter sich abgemacht, ohne Konsultation der Europäer.

### Gerhild Theiß

Ich engagiere mich für die Dritte Welt und für ausländische Flüchtlinge. Bei dem Stichwort europäische Zusammenarbeit habe ich folgende Frage: Werden die Grenzen noch dichter als sie ohnehin schon sind, so daß Paragraph 16 bedeutungslos wird, daß ausländische Flüchtlinge gar nicht mehr zu uns hereinkommen. Denn wir werden eine politische und wirtschaftliche Großmacht sein. Werden dann auch nur europäische Wirtschaftsinteressen verfolgt? Werden Schutzrechte es den Dritte-Welt-Ländern unmöglich machen, auf den europäischen Markt zu kommen?

### Edelgard Bulmann

Ich habe noch eine persönliche Frage an Sie Herr Bender. Ich habe vorhin Ihre Bemerkung als sehr provokativ, gleichwohl richtig empfunden. Sie sagten das Ziel der Zusammenarbeit sei gegenseitige Abhängigkeit. In meiner konkreten politischen Arbeit erfahre ich daß wir eine Politik betreiben, die darauf ausgerichtet ist, diese Abhängigkeit zu verringern. Von der Logik her halte ich das Ziel einer gegenseitigen Abhängigkeit für sinnvoll, weil es die Voraussetzung und notwendige Begleiterscheinung ist für vertrauensbildende Maßnahmen, für ein europäisches Haus. Ich würde Sie bitten, aufzuzeigen, wo Sie die konkreten politischen Aktionsmöglichkeiten sehen, weil die Schaffung gegenseitiger Abhängigkeit auch für unsere Partei noch kein unumstrittenes Ziel ist.

### Peter Bender

Das Problem ist das gleiche wie bei der gemeinsamen Sicherheit. Derjenige, der mich bedroht, mit dem muß ich gemeinsam die Bedrohung abbauen. Das ist im Grunde das gleiche bei der wechselseitigen Abhängigkeit, d. h. sich in die Gefangenschaft des anderen ökonomisch zu begeben, wenn ich weiß, daß auch der andere von mir ökonomisch gefangen wird. Es ist ein Gedankensprung, der, wenn unsere Überlegungen richtig sind, daß wir in einer prinzipiell anderen Zeitepoche leben, unerlässlich wird. Ein ökonomischer Einstieg in diese Dinge ist möglicherweise leichter als der



Edelgard Bulmann

militärische. Dabei möchte ich noch einen Punkt erwähnen, nämlich die **Ökologie**, nach der vorher gefragt wurde. Ich würde sagen, Herr Dürr, da müßten wir schon auch auf Regierungsebene gehen. Wobei die fatale Erfahrung ja die ist, wenn die GwöBheit herrscht, daß der Dreck, wo immer er entsteht auch zu uns kommt, dann gibt es eine gewisse Chance. Wir sind ja z. B. bereit der DDR zu helfen, weil Westberlin auch etwas davon abkriegt. So sind die Menschen offenbar nun einmal. Nur ich würde alle Wissenschaftler animieren, möglichst exakte Nachweise zu führen, daß dieser Dreck, wo immer er her ist, uns gemeinsam schädigt. Die Ökologie ist eben zu 80% eine Frage des Geldes. Das Geld kann nur von uns kom-

men, denn die Ost-Länder sind so arm, daß es wirklich nur produzieren und kaum etwas für den Umweltschutz tun können...

### Karsten Voigt

... Die heutige Ordnung in Europa ist nicht Ausdruck selbstbestimmter Bindungen, sie anhielt Elemente fremdbestimmter Bindungen, und zwar in sehr starkem Maße. Eine europäische Friedensordnung muß die Selbstbestimmung ermöglichen. Deshalb ist die Selbstbindung eine der entscheidenden Elemente einer künftigen europäischen Friedensordnung...

Vorletzter Punkt: **gemeinsames europäisches Haus und USA und Sowjetunion**. USA und Sowjetunion werden sicherheitspolitisch zu einem europäischen Haus gehören, aber das heißt nicht, daß sie in Europa Nuklearwaffen stationieren müßten. Auf lange Sicht könnte die Sowjetunion auch auf die Stabilisierung von Truppen westlich ihrer Grenzen, die USA auf landgestützte Truppen auf dem Territorium Westeuropas verzichten. Das kann ich mir im Rahmen einer europäischen Friedensordnung vorstellen. Aber bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

Letzter Punkt: **Innen- und Außenpolitik**. Es gibt Leute, die das trennen wollen... Ich teile diese Meinung nicht. Ich glaube, daß dieses Papier Auswirkungen für den Umgang der SED mit ihrer inneren Opposition hat, aber ich glaube auch, daß es Auswirkungen haben sollte, für den Umgang mit Kommunisten in unserem Land. Ich bin ein Gegner der DKP und jeder Form des Marxismus - Leninismus, aber die Art und Weise wie die SPD in den letzten Jahrzehnten mit ihrer politischen Gegnerschaft zur DKP umgegangen ist, ist ein Ausdruck einer Verküppelung, die durch ein selbstbewußtes Verhalten abgelöst werden sollte.

### Edelgard Bulmann

Vielleicht ganz kurz. Antikommunismus als integraler Bestandteil unseres westlichen Demokratieverhältnisses paßt nicht in ein europäisches Haus. Das muß man sicherlich ganz deutlich sagen.

### Hans-Peter Dürr

Ich will vielleicht kurz noch einmal sagen, daß ich bei meiner Behauptung bleibe, nachdenken ist ansteckend. Jede Ansteckung erfordert selbstverständlich entsprechend intime Kontakte. Das bedeutet, daß wir neue Methoden des

Dialogs brauchen, damit wir auch interdisziplinär zusammenkommen und über die Grenzen hinweg einen fruchtbaren Dialog führen. Es reicht nicht aus, daß wir einfach nur Papiere austauschen und uns sozusagen wechselseitig bequatseln. Für mich ist die Lösung dieses Problems, daß man konkret über

Dinge reden muß. Das bedeutet dann auch, daß man dezentralisiert an die Probleme herangeht. Es wird selbstverständlich auch auf Regierungsebene etwas notwendig sein, aber der Dialog muß unten beginnen.

# AG II. Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit

Katrin Fuchs

Meine Damen, liebe Genossen und Genossinnen. Ich begrüße alle sehr herzlich zu dieser Arbeitsgruppe, bei der wir uns zusammen mit dem Wortungsteam der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit auseinandersetzen wollen. Vor allen Dingen was sich hinter diesem Begriff verbirgt...

... Im Jahr 1984 hat die SPD ganz offiziell diesen Ausdruck übernommen in dem Essener Parteitagbeschluss und wir waren ganz stolz, daß wir das sozusagen erreicht haben. Da gab es auch noch Abstimmungen, Kontroversen auf dem Parteitag um diesen Ansatz. Wir sind dann eine Weile lang etwas angeschlagen worden über unsere neuen Ansätze der gemeinsamen Sicherheit und der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und was damit zusammenhängt. Aber wie bei anderen Fällen und Begriffen haben wir es erleben können, wofür ich sehr dankbar bin, daß nicht nur der Begriff, aber ich denke auch der Inhalt desselben, sich popularisiert haben über die Bundesrepublik hinaus. Der Bundespräsident nennt beiderseitige strukturelle Nichtangriffsfähigkeit als wünschenswertes Ziel. Die Sowjetunion spricht von Hinlänglichkeit. Im Kommuniqué, das nach dem „Vogel-Besuch“ bei Honecker verabschiedet worden ist heißt es, strukturelle Angriffsfähigkeit. Aber es meint das gleiche...

Andreas von Bülow

Meine Damen und Herren, mit Nato und Warschauer Vertrag stehen sich zwei Bündnisse gegenüber, die sich seit 30 Jahren erklärmaßen nicht angreifen wollen, obgleich zwischen den Systembündnissen bestimmte Spannungen bestehen und aller Voraussicht nach bestehen bleiben. Zwei Bündnisse, die sich nicht angreifen wollen, müssen sich nicht zwingen, durch Abschreckung von nicht gewollten Angriffen abhalten. Das sprach- und vernunftlose Herzeigen von Waffen und Gegenwaffen, das ununterbrochene Wettrüsten hin auf eine Auseinandersetzung, die man ja vermeiden will, entspricht eher dem Impersonalgebrauch von Pavian-Horden als der Vernunft begabter Menschen, die um die Schrecklichkeit von Kriegen wissen und die Folgen eines nuklearen Holocaust erahnen. Die Sowjetunion verhielt sich bis vor kurzem, für den Fall eines westlichen Angriffs auf ihr Bündnisgebiet, die Überrollung Westeuropas möglicherweise bis zum Atlantik. Die Nato droht

meiden will, entspricht eher dem Impersonalgebrauch von Pavian-Horden als der Vernunft begabter Menschen, die um die Schrecklichkeit von Kriegen wissen und die Folgen eines nuklearen Holocaust erahnen. Die Sowjetunion verhielt sich bis vor kurzem, für den Fall eines westlichen Angriffs auf ihr Bündnisgebiet, die Überrollung Westeuropas möglicherweise bis zum Atlantik. Die Nato droht



Manöver der Streitkräfte des Warschauer Paktes

für den Fall eines östlichen Angriffs mit dem Ersteinsatz von Nuklearwaffen. Das Abschrecken durch das Herzeigen und Androhung von Untergang- und Invasionsstrategien mag wirksam sein. Es widerspricht auf die Dauer jeder menschlichen Vernunft. Beide Bündnisse können, wenn sie es politisch wollen, das ist die Voraussetzung, den Zustand der wechselseitigen Abschreckung ersetzen durch den gemeinsam vereinbarten Sicherheit. Im Gegensatz zum designierten neuen Verteidigungsminister, sehe ich keinerlei Grund zu der Annahme, daß die Entmilitarisierung des Ost-West-Konfliktes, bei Fortbestehen kommunistischer Systeme Osteuropas, nicht möglich sein sollte...

... Je mehr es gelingt, auf beiden Seiten, die angriffsgeeigneten Schwerverbände zu vermindern und die Schildverbände gezielt zu stärken, um so näher kommen wir in einen Zustand der gesicherten Verteidigungsfähigkeit und der Beseitigung der Angriffsfähigkeit. Im Bereich der Doktrinen und Strategien bedeutet dies, daß beide Seiten sich auf eine Vorverteilung des eigenen Bündnisgebiets mit der Fähigkeit, allenfalls mit der Wiederherstellung des vorherigen Zustandes beschränken. Der Warschauer Vertrag muß seine Vorstellung und Planung einer Vorwärtsverteidigung auf dem Boden Westeuropas aufgeben. Nach den Er-

klärungen von Budapest und Ostberlin ist der Warschauer Vertrag hierzu bereit. Auch die Luftangriffs-Doktrinen beider Seiten müssen aufgegeben werden. Im Bereich der Waffensysteme müssen diejenigen Waffen, die in besonderer Weise zum Eindringen auf gegnerisches Territorium geeignet sind und dies unterstützen können wie z. B. Kampfanlagen und sonstige gepanzerte Fahrzeuge, Kampfhubschrauber, Kampfflugzeuge, Raketen und sonstige Flugkörper entsprechender Reichweite, Artillerie nach gegenseitig vereinbarten Kriterien und taktische Nuklearwaffen für beide Seiten gleiche, möglichst niedrige und gemeinsam vereinbarte Obergrenzen abgerüstet werden. Wobei für die taktischen Nuklearwaffen die Null-Lösung anzustreben ist...

... Verteidigungsfähigkeit ohne Angriffs-fähigkeit kann nur durch gemeinsamen Vorgehen letztlich erreicht werden. Eine einseitige strukturelle Nichtangriffsfähigkeit bei Bestehenbleiben der maximalen Offensivfähigkeit des Gegenseitigen ist im großen Umfang undenkbar. Es muß politisch und militärisch intensiv auf beiden Seiten über Doktrinen, Strategien Einzelgrundsätze, Bewaffnung und Strukturen gesprochen werden. Die Vorstellung, die Sowjetunion rüste einseitig ab, ohne Konzeption auch des Westens im Bereich westlicher Stärken, ist völlig naiv. Ich schreibe nicht aus, daß beide Seiten, auch die Sowjetunion einseitige Maßnahmen ergreifen, um dem Zustand der Stabilität näher zu kommen. Der wirkliche Durchbruch jedoch kann nur gemeinsam erzielt werden.

Wolfgang Brost

... In der Tat ist aus unserer Sicht die enorme konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes in Europa ein Kernproblem unserer Sicherheit. Die „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ wie wir sie in den letzten Monaten ja immer wieder gemeinsam diskutiert haben gründet auf einer Prämisse, die ich für bedenklich halte, nämlich daß beide Teile, Warschauer Pakt und Nato strukturell angriffsfähig seien, und daß dieses geändert werden müsse. Ich meine, daß diese Prämisse in der Sache schlicht falsch ist. Deshalb falsch auch, weil es unklar wäre, daß wir Vorgehen wie Art. 5 des Nato-Vertrages und Art. 87 unserer eigenen Verfassung, unseres Grundgesetzes, mißachten würden. Die ausschließliche Defensivausrichtung dessen, was das Bündnis hier in Europa zur Verteidigung aufgestellt hat, ist eigentlich weitgehend unstritten...

Eine zweite Annahme ist, daß die strategische Kriegsverhältnisses- und der Vertragsvertrag auf die Streitkräfte im Westen gegeben sind und darin auch die Strategie der Abschreckung und der flexiblen Reaktion begründet ist. Einen dritten Punkt und da gibt es wahrscheinlich unterschiedliche Auffassung und Bewertung. Wir sehen in den Fähigkeiten des Warschauer Paktes deshalb ein unsere Sicherheit bedrohendes Element, weil er über die Fähigkeit zur Überraschung verfügt, zum Überraschungsangriff, aber – und das ist der entscheidende Punkt, meine Damen und

Herren, – auch zu einer raumgreifenden Offensive zur Inbesitznahme strategisch bzw. operativ wichtiger Ziele fähig ist...

Gemessen an einigen Kriterien meine ich sollte man doch zwei Feststellungen treffen. Das eine ist das Kriterium des Umfangs verfügbarer Potentiale, von mir aus nach Zahlen, Zusammensetzung, Truppengattungen usw. und der zweite meine Damen und Herren, ist auch wichtig glaube ich, das ist die zeitliche und räumliche Verfügbarkeit dieser Potentiale. Wenn man diese Kriterien anlegt, dann ist den Nato-Streitkräften schon heute defensive Hinlänglichkeit, den Warschauer Pakt-Streitkräften unter sowjetischer Führung jedoch durchaus Invasionsfähigkeit zuzuschreiben...

...Also wir jedenfalls halten nach wie vor die Beseitigung dessen, was ich hier ganz kurz als Invasionsfähigkeit beschrieben habe, für die wichtigste Aufgabe, wenn wir unsere Sicherheitsprobleme hier in Europa lösen wollen. Sie ist das Kernproblem und nicht der Teilaspekt der Strukturen. Wann Sie erlauben, Herr Abgeordneter von Bülow, dann fordere ich nicht die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit, sondern die Invasionsunfähigkeit.

Albrecht von Müller

Es scheint mir richtig, zunächst einmal auf die Definition einzugehen. Das größte Mißverständnis im Zusammenhang mit der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit besteht darin, sie für die Eigenschaft eines einzelnen, isoliert betrachteten Streitkräfte-dispositivs zu halten. Dies aber ist grundsätzlich falsch. Auch mit einem stumpfen Küchenmesser kann man angreifen, d. h. einer allein kann nie strukturell nichtangriffsfähig sein. Der Begriff „Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ bezeichnet vielmehr ein Kräfteverhältnis der wechselseitigen Verteidigerdominanz, d. h. ein Kräfteverhältnis, bei dem die robuste Verteidigungsfähigkeit beider Seiten deutlich größer ist als die Angriffsfähigkeit des jeweiligen Gegenseitigen.

Der zweite Punkt, und damit nehme ich auch schon Bezug auf die Aussage von Herrn Brost, betrifft den Unterschied zwischen dem Begriff der Nichtangriffsfähigkeit und dem der Invasionsunfähigkeit. Es lassen sich durchaus Situationen denken, etwa

wenn auf beiden Seiten ein sehr hoher Präemptionsbonus im Luftwaffenbereich besteht, wo eine maximale militärische Instabilität herrscht, gleichzeitig aber beide Seiten keine Invasionsfähigkeit im engeren Sinne besitzen. Was folgt daraus? Invasionsunfähigkeit ist in der Tat ein wichtiges Ziel für die konventionelle Rüstungskontrolle, sie ist jedoch noch keine hinreichende Bedingung für konventionelle Stabilität.

Damit komme ich zu dem nächsten Punkt, nämlich der Frage, wie ein stabilitätsorientiertes Rüstungskontrollregime aussehen könnte? Es besteht heute ein breiter Konsens darüber, daß man die wichtigsten Komponenten konventioneller Offensiv- und Invasionsfähigkeit systematisch reduzieren muß, wobei man gleichzeitig keine Beschränkungen für den Bereich der Panzer- und Flugabwehrwaffen sowie für den Bereich der modernen Passivmunition vorsieht. Durch diesen Ansatz, der also eine selektive Reduktion des kampftscheidenden Großgeräts verbindet mit einem zumindest relativen Aufwuchs der grenznahen Sperr- und Abwehrfähigkeit, kommen wir zu dem beschriebenen Akzentverschiebung zugunsten der Verteidigungsfähigkeit auf beiden Seiten und damit zu dem angestrebten Zustand einer robusten, wechselseitigen Verteidigerdominanz.

Die nächste Frage ist dann, inwiefern die bislang von der Nato hierfür ausgearbeiteten Vorschläge schon wirklich zielführend sind. Da habe ich meine Bedenken. Erstens ist die Ausklammerung des Luftwaffenbereichs töricht wenn es einem wirklich um die Erhöhung der konventionellen Stabilität geht. Jedermann weiß, daß die destabilisierenden Präemptionsprämien gerade im Luftwaffenbereich am höchsten sind. Bei allen Szenarien eines Überraschungsangriffs der Warschauer Paktes oder eines Angriffs mit kurzer Vorwarnzeit spielt gerade diese Luftangriffskomponente eine entscheidende Rolle. Hier zu einer Reduktion der Angriffsfähigkeit zu kommen muß also ein vorrangiges Ziel westlicher Rüstungskontrollpolitik sein. Die Annahme, daß der Westen im Luftwaffenbereich noch einen entscheidenden Vorsprung habe – und deshalb die Ausklammerung des Luftwaffenbereichs für den Westen günstig sei – ist zunehmend falsch geworden. Insgesamt sollte man hier also auch innerhalb der Nato Fraktur reden

und auch die Verbundeten dazu bringen, ihre Widerstände gegen die stabilitätstheoretisch unbedingt erforderliche Einbeziehung der Luftstreitkräfte abzugeben. Die zweite Frage ist dann, ob gleiche Obergrenzen für das komplementäre Großgerät sehr erfolgversprechend sind, wenn man sie nur minimal unter dem Niveau der heutigen Nato-Bestände ansiedelt. Dies bedeutet nämlich, daß der Warschauer Pakt mehr als die Hälfte seiner Systeme in diesen Kategorien aufgeben müßte, während die Nato nur kosmetische Korrekturen vornimmt. Ich glaube nicht, daß ein derartiger Ansatz politisch erfolgversprechend ist. Aber wir können

Kürzung um über die Hälfte auf beiden Seiten des Warschauer Paktes, wie gesagt, bei der Nato nur kosmetische Korrekturen gegenüberstehen. Der zweite Effekt, nämlich die größere Stabilität, entsteht durch das noch deutlichere Zurückdrängen der offensivfähigen Plattform. Richtig ist, daß man damit bei unveränderten Streitkräftenstrukturen das operative Minimum für eine zusammenhängende Vorverteidigung unterschreiten würde. Aber dies fordert ja niemand, sondern es soll ja bewußt zu einem Aufwuchs im Bereich der Infanterie- und Sperrkräfte kommen, also zu der oben genannten Akzentverschiebung in Richtung Verteidigerdominanz.



Austausch der INF-Vertrags-Dokumente am 8. 12. 1987

zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Wenn wir die Obergrenzen deutlich unterhalb des heutigen Nato-Niveaus, etwa bei 50% davon ansiedeln, dann wird das ganze erstens politisch wesentlich akzeptabler und zweitens wird das resultierende Kräfteverhältnis auch noch wesentlich stabiler. Würde man nämlich die Obergrenzen für das komplementäre Großgerät etwa bei 50% der heutigen Nato-Bestände ansiedeln, also bei den Kampfpanzern etwa bei 10 000, so würde dies für den Warschauer Pakt eine Reduktion um etwa 80% oder 40 000 Kampfpanzer bedeuten. Von der politischen Optik her aber ist ein Verhältnis von 50% auf beiden Seiten der Nato zu 80% auf beiden Seiten des Warschauer Paktes wesentlich günstiger und leichter durchsetzbar als das bisherige Nato-Konzept, bei dem einer

Der letzte Punkt, den ich noch ansprechen möchte, betrifft die zukünftige Rolle der Atomwaffen. Ich meine, daß sie auch für die vorhersehbare Zukunft noch eine zweifache Funktion haben werden, nämlich erstens die andere Seite von dem Gebrauch ihrer eigenen Atomwaffen abhalten und zweitens einen Faktor letztendlicher Unkalkulierbarkeit in die Abschreckungsgleichung einzubringen. Ob man dies nun Abhaltung oder Abschreckung nennt, ist ein Streit um Worte. „Abschreckung“ wäre dann das falsche Konzept, wenn man darunter versteht, die andere Seite zu Tode zu erschrecken und dadurch zu irrationalem Verhalten zu veranlassen. Dies war aber eigentlich nie gemeint und darum sehe ich kein Problem darin, auch die zukünftige Funktion von Nuklearwaffen als eine der Abschreckung

zu definieren, obwohl vielleicht der französische Begriff der Dissuasion bzw. der Begriff der Abhaltung langfristig deutlicher und auch politisch konsensfähiger ist. Hinsichtlich der Zahlen meine ich, daß wir möglichst schnell auf wenige hundert Sprengköpfe auf beiden Seiten in Europa reduzieren sollten, da sich damit alle Anforderungen, auch die der Strategien der flexiblen response in vollem Umfang abdecken lassen...

Es ist richtig, daß auch das von mir vertretene Konzept gleiche Obergrenzen etwa in Höhe von 50% der heutigen Nato-Bestände bei dem offensivfähigen Großgerät einzuführen, auf eine Parität also ein Gleichgewicht abzielt. Dies ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. Viel wichtiger bei diesem Ansatz ist jedoch, daß eben dieses Gleichgewicht auf einem sehr niedrigen Niveau festgeschrieben wird, sodaß es auf der anderen Seite zu einem zumindest relativen Aufwuchs der Fähigkeit auf beiden Seiten kommt, angreifende Plattformen abzuwehren und abzuhalten. Hier gehen also zwei Effekte Hand in Hand. Auf der einen Seite die Herstellung dieses Gleichgewichts auf niedrigem Niveau, auf der anderen Seite aber, und das ist wahrscheinlich stabilitätstheoretisch sogar noch wichtiger, kommt es zu einer Akzentverschiebung in Richtung des Abbaus von Angriffsfähigkeit und des Aufwuchses von Verteidigungs- und Abwehrfähigkeit. Es geht hier also nicht um ein abstraktes Gleichgewicht sondern um ein bewußt sehr niedrig angesiedeltes Gleichgewicht bei offensivfähigem Großgerät, das als Instrument eingesetzt wird, um die Akzentverschiebung in Richtung der wechselseitigen Verteidigerdominanz zu erreichen.

Landgestützte Waffen in einer Übergangsphase sicher ja, wobei es wichtig ist und darauf kommt es an, daß wir die Funktion von Nuklearwaffen ganz klar definieren. Es geht nicht um die Kompensation konventioneller Schwächen, sondern um zwei Effekte. Erstens: Die andere Seite vom Einsatz von Nuklearwaffen abzuhalten und zweitens einen Faktor letztendlicher Unsicherheit darzustellen. Das halte ich nämlich für sehr wichtig. Ich glaube nicht an eine klinisch reife konventionelle Stabilität. Ich meine, daß ein nuklearer Faktor im Hintergrund die Sicherheit erhöht.

## Wolfgang Brost

... Wir sind der Auffassung, daß in der Tat mit deutlichen Fortschritten im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle es möglich werden muß, die nuklearen Waffen zu reduzieren, die heute im Reichweitenbereich bis zu 500 km hier in Europa angehäuft sind. Deutliche Fortschritte im konventionellen Rüstungskontrollbereich müssen es ermöglichen, Reduzierung im nuklearen Bereich parallel dazu vorzunehmen. Allerdings und diese Entzweiung muß ich Ihnen dann bereiten, nicht bis zu einem dritten Null. Weil wir genauso der Auffassung sind wie Herr von Müller, daß diese Restabschreckung immer erforderlich bleiben wird...

... Insofern meine ich, daß durchaus Invasionsunfähigkeit eine Komponente sein soll, die der Westen unbedingt anstreben soll, daß sie aber noch nicht eine hinreichende Definition dessen sein kann was wir wollen.

Nächster Punkt: Was erfordert oder wie definieren wir noch einmal genau diese Nichtangriffsfähigkeit. Ich würde sagen, eine operationale Definition lautet so: Ich will ein Kräfteverhältnis, indem die robuste, also nicht die Präventions- oder Angreifervorteile zu gefährdende Verteidigungsfähigkeit beider Seiten deutlich größer ist als die Angriffsfähigkeit des jeweiligen Gegners. Das verstehe ich unter struktureller Nichtangriffsfähigkeit. Also Verteidigungsfähigkeit beider Seiten größer als die Angriffsfähigkeit des Gegners. Dies aber bedeutet, daß ich zu einer Entkopplung von Angriffs- und Verteidigungsfähigkeit kommen muß. Das ist sozusagen der Schlüssel dazu. Dies wiederum ist nur zu erreichen über eine Koordination von Streitkräftenmodernisierung auf der einen Seite, das ist eine wichtige Komponente und um Rüstungskontrolle auf der anderen Seite. Das ist sozusagen die politische Forderung, daß man zu einer wesentlich besseren Integration von Rüstungskontrollpolitik und Streitkräftenmodernisierung kommen sollte...?

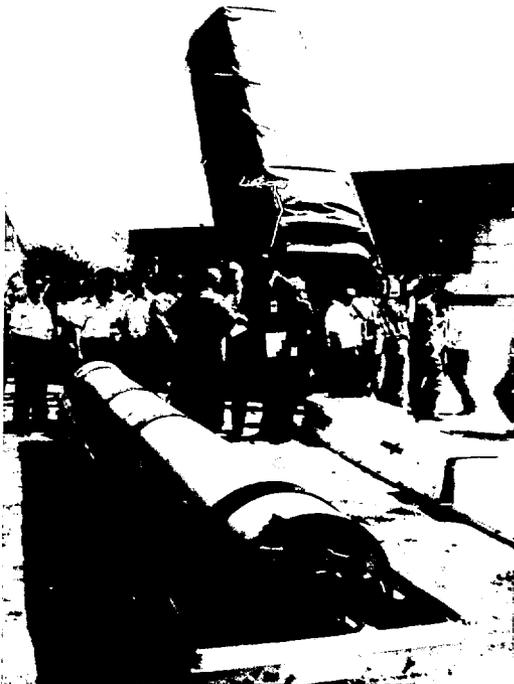
Wie sieht nun ein Rüstungskontrollregime aus...?

... Ich glaube nicht, daß wir es erleben werden, daß die sowjetische Führung nach Hause kommen kann und sagen kann, wir haben ein tolles Ergebnis, wir rüsten über die Hälfte ab und die machen ein paar kosmetische Korrekturen.

Das werden wir nicht erleben. Insofern meine ich, daß, wenn wir wirklich Ergebnisse wollen, uns auch die Frage stellen, was ist denn für die andere Seite politisch machbar. Da meine ich sind gleiche Obergrenzen, den Ansatz halte ich für sehr gut, die aber tiefer liegen als die heutigen Nato-Bestände, und zwar deutlich tiefer, nicht nur 5%, Poli-

## Katrin Fuchs

... Ich will nur sagen, daß wir in der Programmierarbeitsgruppe, vielleicht sollten wir das noch einmal hören, daß wir



Cruise-Missile-Abbau in Italien 1988

tisch wesentlich vielversprechender, wenn wir einmal die Zahl 10 000 nehmen, um bei dem Beispiel der Kampfpanzer zu bleiben, würde dies für den Westen eine Reduktion um 50% bedeuten und für den Warschauer Pakt es immer noch 40 000 auf östlicher Seite und so etwa 10 000 bei uns. Aber von

die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit wollen. Das heißt, daß wir Bewaffnung und Streitkräfte so ausgerichtet haben wollen, daß sie zur Abwehr in der Lage sind, nicht zum Angriff oder raumbesetzend. Wir wollen die Gefechtsfeldwaffen ausgeräumt haben aus der Bundesrepublik Deutschland, absolut, weil sie uns nur zerstören würden, wenn sie

den eingesetzt würden und uns überhaupt nichts nützlich unserer Aufklärung und wir wollen auch die Kurzstrackraketen raus haben. Mit anderen Worten, keine landgestützten Atomwaffen in der Bundesrepublik und in Europa. Das ist unsere Haltung. Wir bleiben dabei, daß die SPD auch programmatisch weiter vertritt, daß wir ein atomwaffenfreies Europa wollen. Was nicht Denuklearisierung heißt, weil Denuklearisierung würde heißen, es gäbe auch keine Atomwaffen um Europa. Die wird es leider dann immer noch geben in der Luft und im Wasser. Aber das ist für uns ein Schritt, den wir uns vorgenommen haben...

### Wolfgang Brost

... Wenn Sie über Sicherheit sprechen, dann können wir nicht nur über Perzeptionen, Visionen oder Emotionen sprechen. Ich glaube, daß der Steuerzähler auch davon ausgeht, daß diejenigen, die sich von berufswegen mit Sicherheit befassen auch mit Fakten wirklich auseinandersetzen. Ich glaube, daß Sicherheit auch irgendwo nachvollziehbar sein muß. Nachvollziehbar sein muß, wenn es wirklich und tatsächlich auch um Panzer, Flugzeuge und Schiffe geht. Sicherheit ist nicht nur eine Frage der Perzeption. Sicherheit ist auch eine Frage vorhandener Potentiale. Insofern meine ich schon ist es legitim, hin und wieder auch auf die Fakten aufmerksam zu machen...

### Albrecht von Müller

... Noch zwei Punkte. Es erscheint mir die Frage sehr wichtig, ob es ein echtes Interesse der Sowjetunion für konventionelle Abrüstung geben kann? Die Sowjetunion müßte dabei ja sehr viel von dem abrüsten, was sie in den letzten Jahrzehnten für teures Geld angeschafft hat. Was könnte sie also dazu veranlassen? Ich meine, daß es solche Anreize für konventionelle Abrüstung durchaus gibt. Den ersten Faktor sehe ich dabei in den hohen Kosten, die die Aufrechterhaltung der konventionellen Überlegenheit mit sich bringt und den zweiten Faktor sehe ich in dem geringen politischen Nutzen, den eben diese konventionelle Überlegenheit in den letzten zwanzig Jahren hatte. Politische Pressionsmöglichkeiten gab es nicht oder sie wurden zumindest nicht genutzt, im Gegenteil, es läßt sich

sehr gut argumentieren, daß das konventionelle Drohpotential des Warschauer Paktes sogar das eigentliche Hindernis für eine volle Entfaltung der wirtschaftlichen und technischen Kooperation in Europa ist. Ein kritischer Revisor auf Seiten des Warschauer Paktes könnte also durchaus zu der Auffassung gelangen, daß man hier gigantische Beträge, militärisch und politisch gesehen, verschwendet hat, und dies deshalb möglichst schnell beenden sollte.

Letzter Punkt, er betrifft die Frage nach der Beziehung zwischen gemeinsamer Sicherheit und Struktur: Nichtangriffsfähigkeit. Ich halte den Begriff der gemeinsamen Sicherheit schon für wesentlich besser als den der Sicherheitspartnerschaft. Für noch besser hielte ich den Begriff einer wechselseitigen Sicherheit — denn es geht ja um wesentlichen immer noch um eine Sicherheit voneinander, andernfalls sollten wir uns die gesamten Militärausgaben von vornherein sparen. Richtig ist allerdings, daß diese Sicherheit heute nicht mehr in einem rein antagonistischen Prozeß hergestellt werden kann, sondern nur noch in einem kooperativen. Aber das ist genau der gedankliche Knackpunkt: Wir müssen kooperieren um Sicherheit zu erreichen, die aber immer noch eine Sicherheit voneinander ist. Das Konzept der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit beschreibt nichts anderes als die Eigenschaften eines militärischen Kräfteverhältnisses, das diesen Anspruch erfüllt und somit wechselseitige Sicherheit gewährleistet.

### Andreas von Bülow

... Numerische Obergrenzen oder Optionen, ich bin für Obergrenzen im invasionsfähigen Bereich, in dem Potential was dazu notwendig ist. Es ist inzwischen vom Osten akzeptiert worden...

... Also wenn einer glaubt, unterlegen zu sein in irgendwelchen Waffenkategorien, dann darf er es nicht ausgleichen, indem er irgendwo offensiv nachrüstet, sondern wenn überhaupt nur in der Abtaffähigkeit darf dann investiert werden...

Dann war die Frage nach Marine, Heer und Luftwaffe. Ich glaube, um die Invasionsfähigkeit herzustellen braucht man vor allem landnahemfähige Truppen, eindringfähige Truppen. Man kann sich zur Erleichterung des ganzen Vorgangs

der Luftwaffe bedienen. Bei der Marine sieht es sehr viel schwieriger aus. Geht man an die Marine heran, was irgendwann einmal notwendig ist, z. B. ein Regime für die Ostsee herbeizuführen. Wie haben schon gesehen, an welche Nerven der Supermacht West allein die Frage, Nachricht ob Atomwaffen gelangt sind oder nicht. Wir werden aber nicht drumherumkommen auf die Dauer auch mit Mut die Frage eines Regimes für die Ostsee auszuküfern. Wir haben es im Augenblick aus Rücksicht auf die Amerikaner und der Durchsetzbarkeit von solchen Konzepten unterlassen. Es ist interessant, daß die östliche Seite anbietet, die Invasionsfähigkeit von Marine-Landungsstreitkräften zur Disposition zu stellen. Die Polen sagen uns, wir wollen es loswerden. Die Russen sagen, wir wollen darüber diskutieren und wollen teilweise auch dieses Zeug loswerden. Also von östlicher Seite hat man auch dort mehr Vorhineinwinkel als im Augenblick von westlicher Seite.

# Politik und Rolle der beiden deutschen Staaten für eine europäische Friedenssicherung

## Disput

### Günter Gaus

... Mein Vorschlag ist, daß beide fünf bis zehn Minuten eingangs eine grundlegende Erklärung zum Thema, das Ihnen gestellt ist, abgeben und daß wir danach sehen, wie das Gespräch gestützt auf diese beiden Eingangsaussagen von fünf bis zehn Minuten weitergeht.

Wenn ich während der Diskussion meinen Freund Egon Bahr duze ist das ein Akt der Ehrlichkeit Ihnen gegenüber. Ich sehe nicht ein, warum wir uns hier sitzen sollen, wenn wir uns sonst nur duzen. Es soll dabei aber nicht eine Bevorteilung meines Freundes Egon durchschlagen.

Ich meine, daß Herr Dr. Schäuble als Gast auf diesem Territorium den Vortritt haben sollte mit seiner Eingangserklärung.

### Wolfgang Schäuble

Ich würde gerne das was ich einleitend sagen möchte in sechs Punkten zusammenfassen.

... Ich finde erstens, daß das Thema, das Sie unserem Disput gegeben haben: Politik und Rolle der beiden deutschen Staaten für eine europäische Friedenssicherung, suggerieren könnte, daß es eine Sonderrolle für die beiden Staaten in Deutschland bei der Friedenssicherung in Europa geben könnte. Ich sehe eine solche Sonderrolle nicht. Ich glaube, daß für die Frage der Friedenssicherung in Europa die Beziehungen zwischen den beiden Bündnispartnern entscheidend sind und auch, solange die Verhältnisse so sind

sammen gehören, daß sich Verteidigungs- und Verständigungsbereitschaft gegenseitig bedingen und gegenseitig ergäben müssen.

Ich möchte drittens sagen, daß die beiden Staaten in Deutschland durch die Ausgestaltung ihrer Beziehungen, wenn sie schon, was ich erstens gesagt habe, keine Sonderrolle spielen können und dürfen, dafür Sorge tragen können, daß zunächst einmal von ihnen keine zusätzlichen Spannungen in Europa ausgehen. Das klingt vielleicht sehr bescheiden, aber angesichts der Tatsache, daß sich in Europa die Gegensätze in Deutschland und um Berlin im besonderen gegenüberstehen,



Dr. Wolfgang Schäuble, Egon Bahr

wie sie heute sind, entscheidend bleiben müssen.

Ich würde zweitens sagen, daß ich von vorne herein der Versuchung entronnen möchte, daß wir uns in der Diskussion nur auf militärische Sicherheitsüberlegungen konzentrieren, sie also isolieren und behandeln könnten. Wir dürfen bei den Fragen der Friedenssicherung die politischen Gegensätze, die Wertunterschiede zwischen Systemen, für die die beiden Staaten in Deutschland auch stehen, nicht übersehen. Es gehört beides zusammen. Abrüstung und Rüstungskontrolle allein sind noch keine Garantie für den Frieden. Ich meine statt dessen, daß ganz im Sinne des Harmell-Berichts militärische Sicherheit und Entspannungspolitik zu-

ist das Bescheidene gar nicht so wenig. Aber ich glaube, daß wir darüber hinaus mit der Ausgestaltung und Entwicklung unserer bilateralen Beziehung auch einen Beitrag zur Zusammenarbeit und Entspannung zwischen den Bündnispartnern, zwischen Ost und West und in Europa insgesamt leisten können und leisten. Beides zusammen liegt in der Kompetenz der beiden deutschen Staaten, und es ist ein Beitrag, um die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß von Deutschland Boden keine zusätzlichen Konflikte ausgehen können — wie wir das auch gelegentlich in Kommunikationsformuliert haben.

Also, und das ist meine vierte Bemerkung, versuchen wir trotz aller Gegensätze in vielen Fragen von grundsätzli-

cher Bedeutung, unsere Politik des **Dialo-  
gs und der Zusammenarbeit** mit  
der DDR zu entwickeln, voranzutreiben  
und dabei zwei Zielen zugleich zu dien-  
en. Wir versuchen zum einen, so gut  
wie möglich zu erreichen, was sich mit  
dem Stichwort von menschlichen Er-  
leichterungen verbindet. Solange die  
Deutschen mit ihrer Teilung leben, müs-  
sen wir die Folgen der Teilung für die  
Menschen weniger schmerzlich ma-  
chen, und für mehr Durchlässigkeit und  
für mehr Begegnungen sorgen. Aber wir  
dienen damit zugleich auch dem Ziel  
der deutschen Einheit, der deutschen  
Frage, denn über mehr Begegnungen  
sorgen wir ja auch für mehr Zusammen-  
halt der Deutschen in beiden Teilen un-  
seres Vaterlandes. Mit dieser Politik,  
die zugleich auch ein Beitrag zur Zu-  
sammenarbeit zwischen Ost und West  
und zur Entspannung und zur Vertrau-  
ensbildung ist, leisten beide Staaten in  
Deutschland, was tatsächlich möglich  
und gegeben ist.

**Fünftens:** Mit Aktivitäten darüber hin-  
aus gehen wir in Bereiche, in denen die  
beiden Staaten in Deutschland nicht  
isoliert handeln können; sie werden er-  
stens keine Erfolge erzielen und zwei-  
tens die Fähigkeit zur Zusammenarbeit  
in den Bereichen, in denen die Zusam-  
menarbeit möglich und erfolgreich und  
im Interesse der Menschen ist, eher be-  
hindern als fördern, weil, und das ist  
meine **sechste** und abschließende Be-  
merkung, wir ja in besonderer Weise  
beide je für sich, aber auch beide mit-  
einander, beide Staaten in Deutsch-  
land, auf möglichst viel Vertrauen und  
möglichst wenig Mißtrauen unserer Um-  
welt in Ost und West, Nord und Süd  
angewiesen sind. **Ich denke, daß je-  
der Anschein bilateraler Abspra-  
chen in Bereichen, in denen die bei-  
den Staaten in Deutschland nicht  
für sich isoliert handeln können,  
sehr geeignet ist, Mißtrauen bei un-  
seren Nachbarn, Partnern, im eige-  
nen und im jeweils anderen Bünd-  
nis zu wecken, und daß damit der  
Spielraum für beide Staaten in  
Deutschland, ich würde vermuten,  
stärker noch für die DDR als für die Bun-  
desrepublik Deutschland, aber doch für  
beide, zu dieser Politik der Zusam-  
menarbeit nicht größer, sondern  
tendenziell kleiner wird. Wir versu-  
chen deshalb in der Praxis immer, unse-  
re Politik der Zusammenarbeit zwischen  
den beiden Staaten in Deutschland ein-  
zubinden in ein Geflecht möglichst in-**



Egon Bahr

Menschen in Deutschland, die Einheit  
der Nation, aber auch für die europäi-  
sche Friedenssicherung. Ihrem Thema,  
zu leisten.

### Egon Bahr

... Ich fange an mit der Sonderrolle bei-  
der deutscher Staaten für die Friedens-  
sicherung in Europa. Diese lehnt Herr  
Schäuble ab. Ich sage, wir haben eine  
**Sonderrolle zu spielen, und zwar  
bedingt durch die Einheitslichkeit der  
Geschichte, Sprache und durch die  
geographische Situation.** Insofern  
haben wir eine Sonderrolle zu spielen,  
die kein anderer spielen kann, wenn  
man das Wort Verantwortungsgemein-  
schaft ernst nimmt, das von beiden Sei-  
ten gesagt worden ist und wenn man  
den Dienst für Europa leisten will, den

insoweit nur diese beiden deutschen  
Staaten leisten können, wenn man dem  
Punkt 3 von Herrn Schäuble zustimmt,  
daß keine Sonderspannungen ausge-  
hen sollen von den beiden Staaten. In-  
sonderrolle widerspreche ich, daß es keine  
Sonderrolle gibt. **Ich stimme aber zu,  
daß keiner der beiden Staaten einen  
eigenen Weg gehen kann ohne Abstim-  
mungen in den Bindungen, in denen  
sich beide Staaten befinden.** Also Warschauer Pakt und RGW  
für einen und Nato und EG auf der an-  
deren Seite. Das heißt alles, was wir in  
unserer besonderen Situation uns aus-  
denken können, funktioniert nicht, wenn  
wir es nicht abstimmen mit den jeweils  
Verbündeten. Aber Initiativen halte ich  
nicht nur für möglich, sondern ich halte  
sie für nötig.

**Punkt zwei: Die politischen Gegen-  
sätze und die Wertunterschiede  
müssen wir betonen.** Selbstverständ-  
lich sehe ich keinen Unterschied zur  
CDU bzw. Bundesregierung und das  
Papier über gemeinsame Sicherheit und  
die Kultur des Streits zeigt genau eben  
dies, was der Kollege Schäuble gefor-  
dert hat. Allerdings, wenn dies so weit  
getrieben wird, daß dabei heraus-  
kommt, wir müssen nicht nur den Streit  
führen, sondern Voraussetzungen für  
Änderungen fordern oder sagen, erst  
dann, wenn bestimmte Dinge dort drü-  
ben geändert haben, sind wir bereit be-  
stimmte Maßnahmen zur Friedenssiche-  
rung zu akzeptieren, dann sage ich  
nein. Ich überspitze jetzt einmal be-  
wußt: wenn sich, was ich nicht hoffe und  
was ich nicht wünsche, überhaupt nichts  
ändern würde an der Situation in der  
DDR und/oder in Osteuropa, aber wir  
hätten das Ziel der Verhandlungen  
über eine strukturelle Nichtangriffsfä-  
higkeit erreicht, dann würde ich das  
natürlich machen, auch ohne Änderungen.  
Insofern gibt es einen Widerspruch, ob-  
wohl wir darin übereinstimmen, daß die  
Unterschiede in den Werten und die  
politischen Unterschiede nicht verwischt  
werden dürfen, sondern im Streit weiter  
ausgetragen werden müssen.

**Zu Punkt drei:** Da sehe ich eigentlich  
keinen Widerspruch zwischen mir und  
Herrn Schäuble, ich sehe einen Wi-  
derspruch zwischen Schäuble und  
Schäuble. Dann wenn er sagt, wir müs-  
sen einen Beitrag zur Zusammenarbeit  
und Entspannung in Europa leisten im  
Rahmen unserer Kompetenz, dann  
scheint mir das ein gewisser Wider-  
spruch zu eins zu sein, wo er die Son-

derrolle ablehnt. Aber das wird er si-  
cher leicht auflären können und dann  
gibt es vielleicht einen Punkt in dem wir  
überhaupt keine Widersprüche oder  
Unterschiede haben.

**Punkt vier: Menschliche Erleichte-  
rungen.** Wir haben die Politik, mit den  
kleinen Schritten erfunden, und wir sind  
selbstverständlich froh, daß sie auch  
nach der Wende fortgesetzt wird. Wo-  
zu sollen wir da streiten. Ich bin sogar  
der Meinung, daß dies im Inneren das  
Zusammengehörigkeitsgefühl wahr-  
lich ist mir allerdings nicht der Meinung, daß  
dies die Voraussetzung dafür ist, die  
deutsche Frage offenzuhalten. Wenn  
damit gemeint wird, daß wir neuerdings  
wieder postulieren sollen, daß die Wie-  
dervereinigung die vordringlichste Auf-  
gabe ist, dann halte ich das für kontra-  
produktiv und für einen Rückfall. Ich bin  
übrigens überzeugt davon, daß es auch  
gar nicht der Realität entspricht. Ich bin  
ganz sicher, daß der Bundeskanzler bei  
seiner nächsten Begegnung mit Herrn  
Honecker nicht erklären wird, bevor wir  
über menschliche Erleichterung reden,  
müssen wir über die vordringlichste  
Aufgabe reden. Ich bin auch ganz si-  
cher, wenn er Herrn Mitterand das  
nächste Mal trifft, daß er nicht sagen  
wird, wir müssen jetzt erst einmal die  
Herstellung des europäischen Binnen-  
marktes bis 1992 anhalten, sondern un-  
sere vordringlichste Aufgabe, die deut-  
sche Wiedervereinigung, erreichen.  
Aber dieser Unterschied wird sicher  
auch noch zu klären sein.

Was die **Punkte fünf und sechs**  
angeht, so habe ich sie eigentlich als ei-  
nen einzigen Punkt verstanden, nämlich  
daß beide Staaten eingebunden sind in  
Bündnis- und Wirtschaftssysteme, - in  
Wertvorstellungen - und daß sie sehen  
müssen, daß sie durch ihre eigenen Ak-  
tionen jedenfalls kein Mißtrauen bei ih-  
ren Nachbarn hervorrufen, sondern  
Vertrauen wecken. Das ist sicher richtig.  
Ich kann nur noch einmal unterstreichen,  
nichts können die beiden Staaten tun,  
ohne Zusammenarbeit und ohne Abstim-  
mung mit ihren Verbündeten und Nach-  
barn. Aber sie haben natürlich ihren ei-  
genen Spielraum, um ihren Verbün-  
deten und Nachbarn zu sagen, was in ih-  
rem Interesse liegt, im Interesse beider.  
Ich finde, das ist interessant wäre, die  
gemeinsamen Interessen der beiden  
Staaten, obwohl sie in unterschiedli-  
chen Bündnissen sind, zu definieren,  
z. B. was die nukleare Gefahr gegen  
Überraschungsangriffe, Kurzstrecken-

waffen etc. angeht. Wenn diese Defini-  
tionen im Interesse aller Verbündeten,  
aller Nachbarn sind, dann werden die  
beiden Staaten eine gute Chance ha-  
ben, das durchzusetzen und die Unter-  
stützung ihrer Verbündeten und Nach-  
barn zu bekommen, dann leisten sie  
den Dienst, basierend auf ihrer Sonder-  
situation, den nur sie allein den Euro-  
päern leisten können.

### Günter Gaus

Beide Herren sind frei darin, worüber  
Sie jetzt in Vertiefungen eintreten wol-  
len. Ich gebe folgende Hinweise aus  
beiden Referaten.

Es wäre möglich, das man jetzt etwas  
sagt, ob die Besonderheit aus Ge-  
schichte und Geographie, eine Beson-  
derheit als Aufgabe für die beiden  
deutschen Staaten, was nicht dasselbe  
wäre wie ein Sonderweg. Da liegt ein  
deutlich gewordener Dissens zwischen  
den beiden. Das nächste ist, Verhan-  
deln auch ohne vorhergehende Ände-  
rungen in der DDR und im Ostblock,  
Änderungen, die sicherlich von beiden  
Diskutanten im Sinne von Liberalisie-  
rung gewünscht wird. Egon Bahr hat  
besonders deutlich gemacht, daß man  
auch im Interesse von dem, was man  
durch Verhandlungen zwischen West  
und Ost in Europa, in Mitteleuropa er-  
reichen will, ohne die Vorbedingung  
vorhergehender Änderung in der DDR  
und im Ostblock aufnimmt. Die dritte  
deutlich werdende Unterscheidung ist  
die Wiedervereinigung als vordringli-  
che Aufgabe...

### Wolfgang Schäuble

Ich möcht gerne, Herr Gaus, wenn Sie  
es erlauben, von Ihren drei Punkten, und  
um nicht gleich alle zu nehmen, die  
Punkte zwei und drei kurz vorzupönen,  
weil ich mehr amüsiert als überrascht  
von Herr Bahr. Sie haben das Gegen-  
teil von dem gemacht, was Herr Gaus  
gerade gesagt hat. Sie haben nämlich  
die rhetorischen Unterschiede über-  
haupt erst geschaffen.

Ich glaube nicht, daß ich so verstanden  
werden konnte, als hätte ich gesagt, wir  
sagen solange es keine Veränderungen  
gibt sind wir nicht bereit zur Zusam-  
menarbeit, sei es die Zusammenarbeit in  
politischen Fragen, sei es in Fragen von  
Rüstungskontrolle. Wir machen das Ge-  
gentheil. Es lohnt fast nicht, darüber lan-

ge zu streiten, da hat Herr Gaus recht.  
Da Sie mich so interpretiert haben, will  
ich es noch einmal klarstellen. Ich sage  
nur, man darf sich bei der Zusammenar-  
beit nach meiner Überzeugung **keine  
Illusionen über fortbestehende Ge-  
gensätze machen. Man soll sie  
nicht verwischen, sondern man soll  
sich gerade in klarer Erkenntnis -  
und da würde ich einen Unterschied in  
der Sache sehen - und bei klarem  
Ausprechen gegensätzlicher  
Positionen, in der Zusammenarbeit  
darauf konzentrieren wo Zusam-  
menarbeit möglich ist, um Fort-  
schritte zu erzielen.** Ich sage nicht, so



Wolfgang Schäuble

lange wie ihr den Kommunismus nicht  
abschafft, so lange bin ich gar nicht zu  
einer Zusammenarbeit bereit. Ich habe  
ungekehrt die Sorge, daß, wenn man  
die gegensätzlichen Positionen ver-  
wischt, man u. a. in die Gefahr gerät,  
seine Möglichkeiten zu überschätzen,  
daß man Mißtrauen schafft und viel-  
leicht gerät man auch in Gefahr, jeden-  
falls bei der anderen Seite, das falsche  
Verständnis zu wecken von dem was  
möglich ist und von dem was nicht mög-  
lich ist. Ich habe die Überzeugung, daß  
neben sicherlich anderen Umständen  
und Gründen ein Grund dafür warum  
diese Bundesregierung in dieser Politik  
der Zusammenarbeit, dort wo sie nach  
unserem Verständnis möglich ist, so be-  
achtliche Ergebnisse erzielt hat, gerade  
darin liegt, daß wir die gegensätzliche

Position überhaupt nicht verwischt haben und daß wir auch völlig klar gemacht haben, wo es für so wenig Bewegungsspielraum gibt wie auf der anderen Seite für die DDR, indem wir uns stärker auf das konzentrieren, was notwendig ist.

**Zweitens**, Herr Bahr, ich habe nun wirklich nicht gesagt, daß die Wiedervereinigung die vordringlichste Aufgabe sei und daß wir mit dem zu wählenden französischen Präsidenten darüber sprechen, die Vollendung des europäischen Binnenmarktes erst einmal zurückzustellen, weil die Wiedervereinigung das vordringlichste sei.

Ich glaube es sind in der Parteiegeschichte der Bundesrepublik Deutschland die Christdemokraten eher gewesen als die Sozialdemokraten, die gesagt haben, Freiheit geht vor Einheit. Die Christlich-Demokratische-Union und die Bundesregierung, jedenfalls die derzeitige, hat nicht die Absicht, daran irgend etwas zu ändern. Aber das heißt ja nicht, daß deswegen meine These schon falsch wäre. Vielleicht habe ich das zu einem Publikum gesagt, das nicht in erster Linie in dem Raum versammelt sein mag, das mag schon sein, das kann man ja trotzdem sagen. **Zusammenarbeit schafft nicht nur menschliche Erleichterungen, sondern sie dient eben auch dem Offenhalten der deutschen Frage**, sie dient in diesem Sinne der Einheit der Deutschen, denn sie hält die Deutschen dichter beieinander, ganz pragmatisch. Wir finden relativ weniger Verwandtschaften vierzig Jahre nach Beginn der Teilung zwischen Menschen in beiden Teilen. Also werden von daher die Bindungen weniger. Wir haben in keinem Jahr seit der Teilung mehr Kontakte und Begegnungen zwischen Menschen aus beiden Teilen Deutschlands gehabt als im Jahr 1987, vielleicht bekommen wir 1988 noch mehr. Das meine ich, wenn ich sage, das dient zugleich der Einheit, denn die Frage des Offenhaltens der Einheit ist ja eine Frage des Bewußtseins der Deutschen, die ja so lange eine Nation bleiben, so lange sie es in ihrem Bewußtsein sein wollen. Damit ist das eine Frage der Entwicklung.

### Egon Bahr

Ich beginne einmal mit dem letzten. Da muß ich zunächst einmal zugeben, daß Sie nicht gesagt haben, daß die Wie-

**dervereinigung** die vordringlichste Aufgabe ist. Ich habe mir nur erlaubt, in der Annahme, daß Sie Mitglied der CDU sind, darauf aufmerksam zu machen, daß es eine lange Diskussion gegeben hat über ein Positionspapier der CDU zu Deutschland, Sicherheit, ich weiß nicht zu welchen Fragen, und da kam das Wort Wiedervereinigung nicht mehr vor. Als Ergebnis dieser Diskussion ist als besonders großer Erfolg verkündet worden, daß man die alte Formulierung von Adenauer an die Spitze gesetzt hat, damit die ganze Sache wieder in Ordnung kommt und diese Formulierung heißt: Die Wiedervereinigung ist die vordringlichste Aufgabe. Nun nehme ich natürlich gern zur Kenntnis, daß Sie die Irrelevanz dieses Satzes für die praktische Politik betonen, ich kann Ihnen auch nur zustimmen, wenn Sie darauf hinweisen, daß das eine Tradition ihrer Partei ist. Denn in der Tat, daß die Freiheit vor der Einheit steht, ist im übrigen auch eine Sache die uns auch nicht unterscheidet. Also insofern bitte ich um Verzeihung, daß ich die Wiedervereinigung als die vordringlichste Aufgabe hier hineingebracht habe.

Wenn Sie sagen, keine Illusionen über bestehende Gegensätze, einverstanden. Wenn Sie sagen, daß es ein falsches Verständnis, sogar eine Illusion geben könnte auf der anderen Seite, wenn man der anderen Seite nicht sagt, was möglich ist und was nicht möglich ist, auch einverstanden. Aber dann kommen wir auf die nächste Frage, und da unterscheiden wir uns, nämlich **welchen Spielraum haben die beiden deutschen Staaten?** Ich bedauere, daß die Bundesregierung den zur Verfügung stehenden Spielraum nicht nutzt. Er ist größer als die Bundesregierung vermutet. Ich gebe einmal ein Beispiel: Ich habe bemerkt, daß der Staatsratsvorsitzende ziemlich mutig für die Verhältnisse im Lager drüben sich aus dem Fenster gehängt hat und gesagt hat, wir sind nicht an einer Modernisierung von Atomwaffen oder an neuen Raketen interessiert. Er hat darüber dem Bundeskanzler auch einen Brief geschrieben. Der Bundeskanzler hat sich relativ viel Zeit genommen bis er ausweichend geantwortet hat. Ich würde es überhaupt nicht für schlimm halten oder schrecklich, wenn die beiden Nummer eins in den beiden deutschen Staaten, was die politische Verantwortung angeht, sich zusammensetzen und über ihre Inter-

essen genau so reden wie die Amerikaner und die Sowjets darüber reden. Wo eigentlich steht geschrieben, daß in Angelegenheiten die nun nach INF wirklich aus Eingemachte Zentralkurpulas gehen, nur der amerikanische und der sowjetische Verteidigungsminister anfragen über Strategie und Doktrinen zu reden, oder über Abrüstungsziele und Definitionen und Mandate für Verhandlungen, die nun wirklich unsere Interessen vital berühren? Wo steht geschrieben, daß die beiden führenden Leute der beiden deutschen Staaten dies nicht machen können. Das verstehe ich unter dem nicht ausgenutzten Spielraum. Es kann ja sein a), daß sich nicht verständigend, es kann ja sein b) daß sie sich verständigen, dann werden sie doch c) immer noch sagen, unsere Verständigung bedarf der Absegnung oder der Zustimmung unserer Verbündeten, bevor sie in Kraft treten kann oder bevor sie effektiert werden kann. Aber diesen Spielraum nicht zu nutzen, empfinde ich als einen Fehler und als ein Versäumnis.

Letzter Punkt, was **menschliche Erleichterungen angeht**. Ich habe ein bißchen gefächelt, weil ich mich erinnert habe an eine Formulierung, die ich seinerzeit benutzt habe als wir den Grundlagenvertrag, den Verkehrsvertrag zu erläutern und zu verteidigen hatten gegen die CDU. Da habe ich gesagt, es muß doch eigentlich unser Ziel sein, nach ich weiß nicht wievielen Jahren, eine gesamtdeutsche Heirat wieder zustande zu bringen. Ich akzeptiere nicht nur, sondern ich erkenne an, daß die Bundesregierung diese Politik erfolgreich fortgesetzt hat. Ich erkenne an, daß die Bundesregierung in den schwierigen Wochen und Monaten, die hinter uns liegen, sich so verhalten hat, daß sie die Situation in der DDR nicht erschwert; sie hat sich so verhalten, wie man sich Kooperation wünscht ohne Verwischung von Gegensätzen. Insofern haben Sie recht mit dem Hinweis, daß die Regierung doch praktisch so tut und so handelt wie es notwendig ist, ohne Bedingungen zu erheben, die eben unerfüllbar sind.

### Günter Gaus

Ich wollte Egon Bahr nicht unterbrechen als er die Bundesregierung gelobt hat, weil er um genau diese Länge, in der er die Bundesregierung gelobt hat, überzogen hat.

Um es zu konkretisieren Herr Minister Schäuble, und um wegzukommen von den bewundernswerten rhetorischen Talenten beider Diskutanten, so gut es möglich ist. Sind Sie bereit zu sagen, es liegt eine vielleicht noch nicht voll genutzte Möglichkeit darin, daß die politische Seite der beiden deutschen Staaten ihre speziellen Interessen in Abrüstungsfragen, Egon Bahr hat das Stichwort Kurzstrickenroketen, zu sprechen, wobei beide wissen, daß ihr Ergebnis, was immer sie erzielen, abhängig ist vom Ergebnis, das die Blöcke erzielen, aber daß dieses Gespräch über das bisherige Maß hinaus geführt werden kann und soll und daß dies die Bundesregierung möglicherweise vor hat oder sagen Sie, was ja eine mögliche andere Position ist, daß geht bereits in das Verwischen hinein?

### Wolfgang Schäuble

Es geht eher in das Verwischen, um ihrem Bestreben, es hier auf den Punkt zu bringen, Rechnung zu tragen. Natürlich reden wir, redet auch der Bundeskanzler mit Honecker über diese Frage. Aber nicht so sehr mit dem Ziel gemeinsamer Initiativen als vielmehr, jedenfalls in der Gewichtung, in der Absicht, gegenseitige Positionen genauer kennenzulernen, um damit einen Beitrag zum Dialog zwischen den beiden Systemen zu leisten. **Also würde ich, wenn Sie mir die Alternative so stellen, sagen, die Sorge ist die, daß es zu einem Verwischen führt, daß darin der Sonderweg anfängt und die Gefahr des Mißtrauens.** Wir brauchen ja das Vertrauen der Nachbarn in Ost und West. Wir brauchen nach unserem Verständnis von Sicherheit eine gemeinsame Strategie des Bündnisses und wir leisten keine hilfreichen Beiträge für die Entwicklung dieser gemeinsamen Bündnisstrategie, indem wir uns gewissermaßen unter Berufung auf Besonderheit nationaler Einheit, gemeinsamer Geschichte, geographischer Situation und dergleichen, wenn wir uns aus dieser Gemeinsamkeit des Bündnisses, an der wir ein größeres Interesse als ein mindestens genau so großes Interesse wie alle anderen Bündnispartner haben, ein Stück weit herauslösen, ein Stück weit auf die Seite stellen. Diese Gefahr besteht. Wir haben das größte Interesse an der Gemeinsamkeit. Von diesem Punkt kommen wir ja rasch zu dem nächsten, weswegen auch

der Dialog über diese Fragen nach unserer Überzeugung zwischen den beiden Staaten in Deutschland in der Sache nicht weiterführt, sondern eher hinderlich ist, wir kommen in der Frage, **ob Sie das nun kernwaffenfreie Zonen nennen, ich sage Zonen unterschiedlicher Risiken, im Grunde nach unserer Überzeugung immer auf den falschen Weg.** Wir haben gerade an unterschiedlicher Sicherheit kein Interesse, weil wir glauben, daß dies der falsche Weg ist.

Um ein ganz aktuelles Beispiel zu nehmen, Herr Honecker hat nicht nur Regierungen, die Bundesregierung bis jetzt



Günter Gaus

noch nicht, aber Parteien, darunter auch die christliche demokratische, die Christlich-Soziale-Union, die sozialdemokratische Partei und die freidemokratische Partei eingeladen zu diesem Kongreß über die Fragen einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, der veranstaltet werden sollte etwa Mitte Juni. Der Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union hat die Einladung für unsere Partei abgelehnt und er hat das in dem Brief, den er Honecker geschrieben hat, damit erläutert, daß wir in diese Richtung keinen Beitrag für mehr Sicherheit, zu sicherem Frieden in Europa sehen. Wir sind da unterschiedlicher Meinung. Am Ende sind es dann unterschiedliche Sicherheitskonzepte. Deswegen ist das nicht eine Frage des

Nichtausnutzens eines angeblich zur Verfügung stehenden Spielraums, sondern das ist eine andere Prioritätenslegung, die Sie Herr Bahr vornehmen. Das überrascht mich nicht. Ich kenne Ihre Position. Ich beschreibe die unsere und glaube daß wir beiden Zielen zugleich, der Friedenssicherung, der Fähigkeit zur wirklichen Entspannung und Rüstungskontrolle und Abrüstung und der Zusammenarbeit, dem geteilten Zusammentreffen eben besser dienen, wenn wir hier nicht Sonderwege gehen und für mich sind das Sonderwege.

### Egon Bahr

Darf ich, bevor ich auf den Punkt der Zone komme, eine Frage nach der Logik stellen.

Sie sagen, wir sind in die Bündnisse eingebunden und dürfen nicht irgend etwas einseitiges zu machen, was einseitige Sicherheit bewirken würde. Dann frage ich: Wieso um alles in der Welt soll dann die Bundesrepublik 1992 alle ihre chemiewaffenfrei werden, ohne daß zumindest auch die DDR und die CSSR chemiewaffenfrei werden oder bleiben. Das ist doch dann eine Zone unterschiedlicher Sicherheit, denn dann sind und bleiben wir bedroht durch die sowjetischen chemischen Waffen, die eben uns sind, während wir hier eine chemiewaffenfreie Zone machen, die alleine in der Bundesrepublik Deutschland besteht. Das ist eine Frage der Logik.

**Zweiter Punkt.** Es gibt, wie Sie richtig sagen, unterschiedliche Sicherheitskonzepte. Es könnte doch ein Beitrag der Deutschen sein, zu einem Sicherheitskonzept für Europa zu kommen, das auf der Basis der gemeinsamen Sicherheit beruht. Denn wenn wir konventionelle Stabilität anstreben als Ziel der Verhandlungen in Wien, über deren Mandat wir noch streiten, dann heißt das jedenfalls, daß beide Seiten gleich sicher sein sollen. Warum eigentlich dann nicht überlegen, ob nun an der Trennlinie zwischen den beiden Bündnisssystemen, da wo in der Tat die größte Ansammlung von Waffen und Streitkräften ist, auch die größte Entlastung kommen soll; darüber sind wir uns ja einig. Ich verstehe immer noch nicht, warum können dazu nicht Initiativen von den beiden Staaten ausgehen. Warum ich mir eine Zone vorstelle, ergründet durch den Abzug allen schweren angreifsfähigen konventionellen Materials, dann hätten wir doch z. B. die

Wünsche und die Sorgen der Nato erfüllt, die da heißen, wir haben Sorgen vor einem Überraschungsangriff, wir haben Sorge, daß die Vorwarnzeit nur 48 Stunden beträgt, wir haben Sorge vor der Überlegenheit der taktischen Nuklearwaffen, dies alles wäre doch weg. Die Bundesregierung ist ja nicht im Prinzip gegen regionale Lösungen innerhalb des Gesamtkonzeptes. Die Bundesregierung war sogar für MBFR, eine regionale Sonderlösung für Zentral- und Europa. Jetzt wo es um Stabilität Gesamteuropas geht zwischen Atlantik und Ural, will die Bundesregierung auch gesonderte Regelung für Zentral- und Europa schaffen, für die Nordflanke und die Südfanke, da sind wir uns ja einig. Warum dann nicht auch einen Streifen zwischen den beiden Staaten, in dem es eben physisch keine Angriffsfähigkeit mehr gibt?

### Wolfgang Schäuble

Ich habe immer mein Amüsement wie Sie die Dinge so ein bißchen drehen und dann haben Sie plötzlich was anderes. Also dann will ich doch zu den chemischen Waffen nur sagen, nach meiner Kenntnis tritt meine Partei und auch die Bundesregierung seit langem dafür ein, die chemischen Waffen weltweit zu beseitigen. Sie haben gerade gesagt, mit der Logik sei es nicht so weit her, wir wollten sie nur bei uns abschaffen, ansonsten würden sie in der DDR nicht stören. So klang es dann fast. Das ist nicht so, wie Sie das jetzt liebenswürdigerweise ja jetzt zugeben. ...

### Günter Gaus

Jetzt möchte ich wissen, ob die Bundesregierung für eine chemiewaffenfreie Bundesrepublik eintritt, selbst wenn die nächsten östlichen Nachbarn der Bundesrepublik keine chemiewaffenfreie Zone werden. Das war der Punkt, den Egon Bahr angesprochen hat.

### Wolfgang Schäuble

Das ist schon wahr. Nur das sind zwei verschiedene Dinge. Das eine ist eine Frage der Gesamtstrategie des Atlantischen Bündnisses und der Dislozierung verschiedener Waffensysteme und der Modernisierung von chemischen Waffen oder nicht, aber nicht einer Vereinbarung mit irgend jemand sonst. Zonen

werden ja vereinbart. Das andere ist eine Frage der generellen Einstellung zu chemischen Waffen und da wissen wir ja alle, daß wir auch in der Nato unterschiedliche Akzente in der Diskussion haben. Die Position der Bundesregierung war immer völlig klar und die Position der Christlich Demokratischen Union schon lange, ehe sie die Führung der Bundesregierung wieder übernommen hat, daß wir für eine weltweite Abschaffung, Ächtung und Vernichtung chemischer Waffen sind. Das sind zwei verschiedene Dinge.

### Egon Bahr

Darf ich nur zur Klarheit noch einmal sagen: Erstens, wir sind uns einig, das Beste wäre Chemiewaffenfreiheit in der Welt.

Zweitens: Die Bundesregierung sagt und hat als großen Erfolg verkauft, daß 1992 die amerikanischen Chemiewaffen aus der Bundesrepublik Deutschland abgezogen werden. Das ist natürlich nur ein Erfolg, wenn es bis dahin kein weltweites Abkommen gibt. Denn wenn es ein weltweites Abkommen gibt, dann ist ja sowieso alles in Ordnung. Also wenn es kein weltweites Abkommen gibt, wird es ein Erfolg. Im Ergebnis bleiben dann allerdings die Chemiewaffen der Russen in der DDR und in der CSSR. Das finde ich eben keinen Erfolg.

### Wolfgang Schäuble

Wollen Sie denn gerne haben, daß wir auch nach 1992 chemische Waffen in der Bundesrepublik Deutschland stationiert haben?

### Günter Gaus

Sie haben gesagt, Sie wollen genauso wie Egon Bahr und doch sicherlich dort hier im Saal, es sei denn irgend jemand hat hier einen Chemiewaffen-Konzern. Sie wollen am liebsten keine Chemiewaffen überall auf der Welt.

Er will es lieber als demarkationsübergreifende Zone. Sie wollen, beschränkt auf die Bundesrepublik um kein Mißtrauen zu wecken, es dann doch lieber, wenn die anderen drüben nicht mitziehen, weil es das allgemeine Abkommen noch nicht gibt. War das jetzt eine verwickelnde oder war es eine erhellende

Zusammenfassung Ihrer deutlich gewordenen Unterschiede?

### Wolfgang Schäuble

Also wenn Sie erlauben, die Autorität des Moderators in Frage zu stellen, ganz ausnahmsweise, das fand ich ein bißchen verwirrend, dann das waren ja zwei verschiedene Dinge. Das eine ist, ob wir Zonen vereinbaren, das andere ist eine bündnisinterne Frage von Stationierung und Dislozierung. Es sind zwei verschiedene Dinge. Wir haben nun genügend über die Frage diskutiert in den vergangenen Jahren, und, da wir gemeinsam für die weltweite Ächtung chemischer Waffen sind, bleibt nur die Frage, ob vereinbarte chemiewaffenfreie Zone ein Schritt in die richtige Richtung sein kann. Unsere Sorge war es immer, daß es ein Schritt in die falsche Richtung wäre, und ein Schritt, der die Lösung dessen, was wir gemeinsam wollen, die weltweite Ächtung nicht näher bringt. Daher begründet sich unsere Position in der Frage einer chemiewaffenfreien Zone. Das ist etwas anderes als die Frage der Stationierung unterschiedlicher Waffensysteme, denn wir haben in der Bundesrepublik Deutschland eine besondere Situation aus geographischen Gründen und haben nun wirklich, da stimmen wir ja überein, keinen Bedarf auch noch an chemischen Waffenbeständen. Selbst wenn es bis 1992 zu der von uns gemeinsam gewünschten weltweiten Abschaffung chemischer Waffen käme.

... Herr Bahr, vielleicht bleiben wir noch ein bißchen bei der **Frage der Zonen**. Ich glaube das entscheidende Thema ist die kernwaffenfreie Zone, wie immer dies zu definieren wäre. Ich will noch einmal klarmachen, warum ich diesen Weg für den falschen halte.

**Erstens**, und ich vermute im Gegensatz zu Ihnen, weil ich Ihr Buch gelesen habe, halte ich die Abschaffung von Nuklearwaffen insgesamt, also die Denuklearisierung nicht als Gewinn für Sicherheit, nicht für einen Gewinn der Fähigkeit, den Frieden sicherer zu halten, sondern im Gegenteil. Ich glaube, die Tatsache, daß ein Krieg nicht mehr führbar geworden ist, hat mit Nuklearwaffen zu tun, und ich kann aus dieser Erkenntnis nicht die **Schlußfolgerung** ziehen, daß wir deswegen uns mühen sollten, auf Nuklearwaffen völlig zu verzichten.

**Zweitens**, wenn wir auf Nuklearwaffen nicht völlig verzichten dürfen, was nicht heißt, daß wir sie nicht reduzieren, dann bleibt zudem die Erfahrung, daß seit dem zweiten Weltkrieg Kriege überall dort führbar bleiben und geführt werden, wo nicht die Gefahr einer nuklearen Eskalation entsteht. Und da wir nun mit Sicherheit nicht nur keinen nuklearen Krieg, sondern überhaupt keine Kriege mehr wollen, sollten wir nicht das Risiko eingehen, daß Kriege wieder führbar werden.

Das **dritte** ist, es ist ja letztlich uns nicht ausseidend, was Nuklearwaffen stationiert sind, sondern welche Ziele Nuklearwaffen erreichen können und angesichts der Perfektionierung von Trägersystemen gibt es in diesem Sinne überhaupt, theoretisch, so lange es Nuklearwaffen gibt, keine nuklearwaffenfreien Zonen. Dann sagen Sie: „aber wenn wir die konventionelle Stabilität hätten oder wenn wir sie erreichen.“ Ich bin für die konventionelle Stabilität und in der Frage, die Offensivfähigkeit zu beseitigen, werden wir ja nicht sehr weit auseinander sein, wenn wir übereinstimmen in der Analyse, daß Streitkräfte der Atlantischen Allianz, diese Offensivfähigkeit nicht haben, während die Streitkräfte des Warschauer Paktes sie haben. Wir sollten auch dieses im Interesse der Klarheit aussprechen. Die Offensivfähigkeit der konventionellen Streitkräfte muß nicht bei der Nato beseitigt werden, da kann sie nicht beseitigt werden, weil es sie nicht gibt. Sie muß beim Warschauer Pakt beseitigt werden. Aber selbst wenn, wird ja mit konventioneller Stabilität alleine, dabei knüpfte ich noch einmal an das an, was ich zuerst gesagt habe, der Krieg nicht unführbar ohne die nukleare Abschreckung.

Schließlich will ich darauf verweisen, daß wir mit einer kernwaffenfreien Zone, wie immer definiert, die strategische Einheit des Bündnisgebietes, damit die Einheitlichkeit der Bedrohung und damit die Einheitlichkeit des Zusammenhaltes des Bündnisses gefährden. Dazu gehört auch, daß wir bei jedem Schritt überlegen müssen, wie wir die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte über alle Unwägbarkeiten auch von Wahlentscheidungen und künftigen Problemen in Mitteleuropa sichern. Was übrigens damit zu tun hat, Herr Bahr, daß wir vermutlich unterschiedlicher Meinung sind in der Frage, ob wir auf die Atlantische Einheit, auf die strategische Ein-

heit des Atlantischen Bündnisses, die den Atlantik übergreift, nicht verzichten dürfen, solange die politischen Gegensätze zwischen Ost und West derart sind wie sie seit 40 Jahren, seit Ende des zweiten Weltkriegs sind, weil wir das Gleichgewicht zwischen Ost und West in einem von Amerika abgekoppelten Europa nicht balancieren können, weil wir die Atlantische Verankerung, das Widerlager jenseits des Atlantik brauchen, um das Gleichgewicht zu wahren und weil wir nur aus diesem Gleichgewicht eine den Frieden sichernde Stabilität erreichen.

det, daß es in Norwegen und Dänemark keine atomaren Waffen in Friedenszeiten gibt und daß Spanien der Nato beigetreten ist unter der Voraussetzung, daß keine Atomwaffen auf seinem Boden sind. Entweder gibt es dadurch Sonderzonen der Sicherheit, oder es gibt die strategische Einheit des Nato-Bündnisses, von der ich auch ausgehe, trotzdem.

**Zweitens**, wenn Sie sagen, überall dort werden Kriege wieder führbar, wo es keine Gefahr der atomaren Eskalation gibt, dann könnte man ja fast zu dem



Dr. Wolfgang Schäuble, Günter Gaus, Egon Bahr

### Günter Gaus

Bitte Egon Bahr. Du könntest auch auf den Punkt amerikanische Truppen in Europa eingehen.

### Egon Bahr

Ich wollte sogar damit beginnen. Der Kernpunkt dessen was Sie sagen Herr Schäuble, heißt, den strategischen Zusammenhalt des Bündnisses und die amerikanische Anwesenheit in der Bundesrepublik oder in Europa gibt es nur, solange atomare Waffen noch auf unserem Boden sind. Beides halte ich für falsch und nicht logisch.

Ich möchte darauf hinweisen, daß das Atlantische Bündnis in seinem Zusammenhalt strategisch nicht darunter lei-

Schluß kommen, wir sollten möglichst schnell, Atomwaffen geben, damit die Kriegsgefahr dort ausgeschlossen ist. Das ist doch nicht der Fall, sondern die Wirklichkeit besteht doch darin, daß die **Anwesenheit der beiden Supermächte in ihrer Bewaffnung in Europa die Stabilität garantiert oder den Frieden garantiert hat**. Das ist eben nicht allein abhängig von den hier vorhandenen Atomwaffen.

Damit komme ich zu dem **dritten Punkt**. Die **Denuklearisierung** wäre nicht gegeben, wenn wir auf unserem Boden keine Atomwaffen mehr hätten, denn es gäbe dann selbstverständlich Tausende von Nuklearwaffen seegestützt, luftgestützt sowie strategische Waffen in den Vereinigten Staaten. D. h. es gäbe, wenn man so will, die

potentielle nukleare Bedrohung, oder es gäbe den nuklearen Schirm der Vereinigten Staaten, von den französischen und britischen mal ganz zu schweigen. D. h. ich halte es für ein natürliches Ziel, Atomwaffen vom Boden der Staaten wegzukriegen, die darüber nicht verfügen und das bedeutet eben noch lange nicht Denuklearisierung, leider kann ich nur sagen. Denn das nun von Reagan und Gorbatschow unterschriebene Ziel, alle Atomwaffen abzuschaffen, wird wahrscheinlich noch menschlichem Ermessen, niemand hier im Saal noch erleben. Ich bin auch der Auffassung wie Sie, daß die beiden Bündnisse, die Faktoren der Stabilität in Europa sind, dazu gehört dann auch die Anwesenheit der Amerikaner. Das hat ja eine sozial-liberale Regierung erreicht, daß das von den Russen nicht mehr bestritten wird und daß wir die beiden Bündnisse brauchen, um zu Ergebnissen von Verhandlungen zu kommen. Sie sprechen von der europäischen Friedensordnung und denken an die beiden Bündnisse. Das ist ja noch keine Friedensordnung. Wir sprechen von einem kollektiven europäischen Sicherheitssystem. Bis dahin brauchen wir die Bündnisse. Wir brauchen nicht notwendigerweise Atomwaffen auf unserem Boden. Wir können atomwaffenlos werden, ohne Kriegsgefahr, unter der Voraussetzung einer konventionellen Nichtangriffsfähigkeit. Auf niedrigem Niveau könnten sich die beiden Bündnisse dann eines Tages auflösen. Ich bin nicht unbedingt für ein Vorziehen der Entnuklearisierung, obwohl ich sage, wenn uns die dritte Null-Lösung angeboten wird bei Waffen und mit der größten Asymmetrie zwischen Ost und West — 88 zu 1365 wie ich von Herrn Dregger gelernt habe — dann natürlich sofort, heute Nachmittag noch, aber das ist eben leider noch nicht die Denuklearisierung. Da gibt es noch Tausende von atomaren Gefechtsfeldwaffen und da gibt es die luftgestützten und seegestützten usw. Aber die Beseitigung der Nuklearwaffen von unserem Boden muß das Ergebnis sein einer konventionellen Nichtangriffsfähigkeit auf niedrigem Niveau.

**Wolfgang Schäuble**  
Herr Bohr, wir müssen uns ja nicht so bewußt mißverstehen... Sie sagen die Anwesenheit der beiden Supermächte sichert den Frieden und ich habe gesagt, dies tut die nukleare Eskalation. Natürlich habe ich nicht gesagt, Atom-

waffen sollten möglichst viele Länder haben. Nukleare Eskalation heißt ja: Einbeziehung der beiden Supermächte. Das Risiko der Einbeziehung der beiden Supermächte in den nuklearen Eskalationsprozeß sichert den Frieden. Wenn Sie sagen, die Amerikaner müssen natürlich hier bleiben denn die sichern den Frieden, dann müssen sie ja wenigstens bedenken, bleiben die denn auch hier im Falle einer kernwaffenfreien Zone oder auch einer dritten Null-Lösung? Und deswegen sage ich, müssen wir die Diskussion im Bündnis führen. Wenn die hierbleiben müssen, um den Frieden zu erhalten, dann muß ich solche Entscheidungen doch vor dem Hintergrund treffen, ob sie denn wirklich hier bleiben, oder ob das nur ein frommer Wunsch ist. Daran knüpfen sich eine Reihe anderer Fragen: Die Frage der Glaubwürdigkeit der Abschreckung. Und die Glaubwürdigkeit der Eskalation hängt eben doch davon ab, welche Systeme wo stationiert sind. Vielleicht kann eben doch aus einer kernwaffenfreien Zone die Fehleinschätzung entstehen, daß ein auf konventionelle Auseinandersetzungen bezgrenzbarer Krieg führbar sei.

### Egon Bahr

Nicht mehr, wenn ich dann die Stabilität auf niedrigem Niveau erreicht habe. Dann eben nicht mehr. Aber die eigentliche Frage, wo wir jetzt wirklich dran sind und die ein big point ist auf Neudeutsch, ist die Frage, würden die Amerikaner die Bedingung machen, daß ihre Anwesenheit verbunden bleibt mit der Anwesenheit nuklearer Waffen? Und diese Bedingung würde ich nicht akzeptieren.

### Günter Gaus

Einen Moment, würdest Du sie nicht akzeptieren oder setzt Du sie nicht voraus?

### Egon Bahr

Meine Antwort wäre, daß wir die Interessen ausgleichen müssen. Ich kann von den Amerikanern verlangen, daß sie die Interessen ihres wichtigsten Verbündeten mindestens respektieren. Ich weiß, daß wir die Amerikaner brauchen zur Ausbalancierung der Supermacht Sowjetunion. Die Amerikaner brauchen uns aber auch.

### Günter Gaus

Herr Schäuble, müssen wir amerikanischen Reaktionen, die offenbar niemand von Ihnen beiden wünscht, beide Diskutanten wünschen das Bündnis mit den Amerikanern und die Amerikaner hier, müssen wir, um dieses, was beide Diskutanten wünschen, zu sichern, voraussetzend möglichen amerikanischen Reaktionen Rechnung tragen?

### Wolfgang Schäuble

Wenn Sie das Attribut voraussetzend weggelassen hätten.

### Günter Gaus

Okay, ich nehme das Wort zurück.

### Wolfgang Schäuble

Zunächst einmal Herr Gaus und Herr Bahr, sollten wir ja nicht den Eindruck erwecken, als gäbe es nicht eine lange Tradition der gemeinsamen Strategie im Atlantischen Bündnis und auch viele Diskussionen. Insofern ist das Attribut mit dem „voraussetzend“ schon völlig falsch. Wir haben eine gemeinsame Strategie im Bündnis seit Jahrzehnten. Wir entwickeln sie fort, wir diskutieren darüber. Und sie beruht auf der Anwesenheit nuklearer Waffensysteme in Europa. Deswegen können wir die Diskussion auch nur im Bündnis führen und nicht in einer deutsch-deutschen Sonderrolle. Wir sind ja immer noch bei dem Thema, der Verantwortung oder der Möglichkeit oder der Rolle der beiden Staaten in Deutschland. Das ist doch genau der Punkt. Und das zweite, was ich dazu sagen möchte ist, wir Deutsche haben ganz gewiß in mehrerer Hinsicht eine besonders zugespitzte Situation, wir sind nun einmal vorne dran und im Zentrum Europas und vielfältiger betroffen bis hin zu Berlin. Infolgedessen glaube ich, daß wir mindestens so sehr wie andere, eher mehr als andere, ein Interesse daran haben, daß die Bedrohung und das Risiko gleich bleibt, daß die strategische Einheit erhalten bleibt. Natürlich kann man im Bündnis über viele Strategien diskutieren, aber man muß sie im Bündnis entwickeln und nirgends sonst. Wir sollten nicht so tun als würden wir auf der grünen Wiese diskutieren. Auch der Punkt der Glaubwürdigkeit der Eskalation und der Abschreckung, die

Vermeidung von Irrtümern und Fehleinschätzungen und die Sorge, daß eben in einer sogenannten nuklearwaffenfreien Zone, sogenannt weil es keine wirkliche gibt nach meiner Überzeugung, ein Krieg auf konventionelle Mittel beschränkt bleibe, sind eben nicht aus

Frage, wenn ich darf, nachschieben zu dem, was sie vorher gesagt haben.

Habe ich Sie richtig verstanden, Sie würden auch erst dann eine nuklearwaffenfreie Zone wollen, wenn die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit oder



Sowjetische Raketeninspektoren in Murlangen, Juli 1988

der Welt, nicht bei uns, nicht bei unseren Partnern und nicht im Bündnis und nicht in Amerika. Deswegen ist diese Unterstellung, es sei voraussetzend, falsch. Wir wissen, die Präsenz der alliierten Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland, beruht auch auf der Anwesenheit nuklearer Waffen. Man soll nicht so leicht tun, als könne man darüber einfach hinweggehen. Schließlich, Herr Bahr, würde ich noch eine

die konventionelle Stabilität gegeben sei. Dann wären wir wieder ein Stück näher zusammen, denn das hieße, bevor wir über weitere Null-Lösungen und ähnliches reden, müssen wir erst einmal die konventionelle Instabilität beseitigen.

### Egon Bahr

Wir haben über den nuklearfreien Korridor nach der Idee von Olof Palme ge-

redet, und die Palme-Idee war von Cyrus Vance entwickelt worden unter dem Gesichtspunkt, in Mitteleuropa auf beiden Seiten mehr Zeit zu gewinnen um eine Situation zu beseitigen, in der im Konfliktfall auf Grund der Verortung dieser Waffen innerhalb von Stunden entschieden werden muß, ob die nukleare Schwelle überschritten wird oder nicht. Diese Idee ist geboren worden, als es die Idee eines INF-Abkommen noch gar nicht gab. Insofern ist diese Idee durch das INF-Abkommen in eine neue Situation geraten. Das, was wir im Augenblick dazu überlegen, ist, diesen nuklearfreien Korridor nicht isoliert einzuführen, sondern gedeckt durch zentral- und gesamteuropäische Regelungen der Stabilität auf niedrigem Niveau vom Atlantik bis zum Ural zur gleichen Zeit.

Als notwendige Bedingungen?

Man kann beides gleichzeitig vorbringen. Ich sehe doch Ihren Punkt. Wenn wir über die dritte Null reden oder über die Abschaffung der Gefechtsfeldwaffen, dann reden wir doch nicht über Korridor-Regelungen. Wir reden über Gesamtregelungen. Die dritte Null gilt doch nicht für einen Korridor. Es tut mir leid, daß das kompliziert ist. Aber die dritte Null würde gelten für alle Waffen z. B. Kurzstreckenraketen, Lance und das entsprechende auf der anderen Seite, nicht nur im Korridor, sondern für ganz Europa.

### Wolfgang Schäuble

Welche atomaren Systeme würden Sie denn gerne bei einer dritten Null-Lösung, in dem was Sie Korridor nennen, stationiert lassen?

### Egon Bahr

Im Korridor gar nichts.

### Wolfgang Schäuble

Gerade haben Sie aber gesagt, die dritte Null hätte nichts mit Korridor zu tun.

### Egon Bahr

Nein, weil die dritte Null mehr ist als der Korridor. Es gibt auch außerhalb des Korridors die dritte Null.

### Wolfgang Schäuble

Dann haben Sie den Korridor.

### Günter Gaus

Nein, die dritte Null-Lösung würde mehr umfassen, sagt Egon Bahr.

## Wolfgang Schäuble

Aber die dritte Null-Lösung würde in seiner Definition doch bedeuten, in dem, was er als Korridor bezeichnet, gibt es keine Nuklearwaffen mehr. Jetzt müssen Sie mir sagen, welche außerhalb des Korridors bleiben. Soweit Kurzstreckenraketen überhaupt Sinn machen, dann macht ihre Stationierung oder Dislozierung immer nur vorne Sinn und nicht hinten.

## Egon Bahr

Darf ich noch einmal zur Klärung sagen, noch bieten die Russen leider die dritte Null nicht an. Wenn sie die dritte Null anbieten würden; würden sie es anbieten für eine Region sehr viel größer als der Korridor, bevor es den Korridor gäbe. Wenn Sie über die Glaubwürdigkeit der Abschreckung reden, die vorn sein muß, dann müßten Sie eigentlich sagen, wir sind bereit und willens und schlagen das vor, die nuklearen Gefechtsfeldwaffen von 4000 auf 100 zu reduzieren. Dann haben wir immer noch Abschreckung, das könnte ein Zwischenschritt sein. Ich glaube Helmut Schmidt hat recht, wenn er sagt, die Deutschen werden nicht topfener sein als die Japaner. Nach den ersten fünf, sechs Atomexplosionen ist der Wille zur Verteidigung tot. Im übrigen der Wille zum Angriff auch. Auch die Fähigkeit.

## Wolfgang Schäuble

Der Wille, einen Krieg zu führen ist heute schon tot.

## Egon Bahr

Dann brauchen wir zur politischen Abschreckung jedenfalls als Zwischenschritt nur noch ein Minimum von ein paar Dutzend Atomwaffen und keinesfalls zur Kriegsführung.

## Günter Gaus

Ich läute die letzten sechs Minuten ein.

Ich bete beiden Herren an, wenn Sie es mögen, zu sagen, wie Sie sich in 10 oder 15 Jahren das Verhältnis beider deutschen Staaten in einer europäischen Friedensordnung vorstellen.

## Egon Bahr

Am Ende dieses Jahrhunderts wird es als erstes noch die beiden deutschen Staaten geben.

**Zweitens:** Wir werden dann, wenn wir Glück haben, eine Situation haben, in der auf keiner Seite der beiden deutschen Staaten und der anderen nicht-nuklearen Staaten noch Atomwaffen stehen, in der Krieg ausgeschlossen ist, weil strukturell die Unfähigkeit zum Angriff auf niedrigem Niveau hergestellt ist. Wir werden dann die Situation haben, in der die militärische Konfrontation der europäischen Nachkriegsgeschichte endet und durch den friedlichen Wettstreit der Systeme und durch wirtschaftliche Zusammenarbeit gekennzeichnet ist. Wir werden dann, wenn wir Glück haben, in Verhandlungen sein zur Ablösung der beiden

dann werden die beiden politischen Systeme vielleicht nicht mehr so, sondern in einer ganz anderen Form gegenüberstehen oder vielleicht gar nicht mehr, das weiß ich nicht. Ich wünsche, daß die Unterschiede zwischen den Systemen geringer werden, aber ich denke, daß dies nur im Sinne von mehr Freiheit auf beiden Seiten sein kann. Ich will nicht mißverstanden werden. Solange die politischen Gegensätze, die die Gegensätze der Wertordnungen sich auch am Ende dieses Jahrhunderts noch bestehen, was ich eher für wahrscheinlich halte, weil ich eher an Rückschläge in der Entwicklung, in dem, was man Reformprozesse nennt, glaube, hoffe



Oskar Lafontaine

Bündnisysteme und die beiden deutschen Staaten werden in diesem Rahmen hoffentlich eine Vorreiterrolle gespielt haben und den Spielraum, den beide haben, hoffentlich voll ausgenutzt haben.

## Wolfgang Schäuble

Ich habe, in dem was Egon Bahr gesagt hat, eine Einschätzung vermisst darüber, wie die beiden politischen Systeme, die beiden Wertordnungen sein werden. Wenn es sie immer noch gibt, ist meine Antwort nicht so eindeutig visionär wie die Ihre. Es gibt Leute die schreiben, der Prozeß den Gorbatschow eingeleitet habe, sei irreversibel, ich habe das nicht geschrieben. Aber ich hoffe auf den Fortgang dieses Prozesses und

# Zusammenfassung der Diskussion

## Erhard Eppler

Ich versuche zusammenzufassen, und zwar aufgrund von Stichworten, die ich mir im Laufe der Diskussion gemacht habe. Wenn ich richtig sehe, ist niemand aufgestanden und hat gesagt, was da in dem Irsee Entwurf steht, ist völlig inakzeptabel. Es sind Anregungen gekommen, wie man an der einen oder anderen Stelle anders oder neu formulieren könnte, und wir werden alle diese Anregungen genau überdenken.

Aber wenn wir schon bei Irsee sind, dann möchte ich auf eine Formulierung dort hinweisen, von der der ehemalige Vorsitzende der Kommission, Willy Brandt, meinte, sie sei zu provozierend: „Der Internationalismus der sozialistischen Tradition erweist sich als einzig zukunftsfähige Politik.“ Ich stelle fest, daß dieser Satz keinen Menschen mehr provoziert, und dies auf dem Hintergrund einer Geschichte, in der die Sozialdemokraten jahrzehntelang als Traumtänzer dargestellt wurden gegenüber nationalen und nationalistischen Realpolitikern. Was bedeutet es, daß dieser Internationalismus unserer Tradition Realpolitik ist? Es bedeutet negativ, daß es keinen nationalen Sonderweg für uns geben kann. Vielleicht hätte es vor sechsunddreißig Jahren noch einen Weg gegeben, der dem Frieden gedient hätte. Heute muß jeder Versuch, an dem gegenwärtigen Zustand in Deutschland zu rütteln, den Frieden zerbrechlicher machen. Dabei hat Egon Bahr völlig recht: auch wenn wir keinen Sonderweg gehen wollen, ändert das nichts daran, daß wir unsere eigene Rolle zu spielen haben. Das bedeutet auch, und da widerspreche ich einigen Diskussionsrednern heute, daß es keinen Sonderweg in Bezug auf die Nato gibt. Der Sowjetbotschafter in diesem Lande hat vor wenigen Tagen auf einer Veranstaltung der CDU klargemacht, daß die Sowjetunion selbst ein Interesse an der Nato-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland hat. Dahinter steckt, daß alle unsere direkten und indirekten Nachbarn ein sehr ungeliebtes Gefühl haben, wenn sie in ein Deutschland, sei es geteilt oder ungeteilt, denken, das

keinem Bündnis angehört. Unser Weg führt über die Nato und den Warschauer Pakt hinaus. Aber wir können diesen Weg nur in den Bündnissen gehen. Eine europäische Friedensordnung soll dazu führen, daß aus gemeinsamer Sicherheit kollektive Sicherheit wird. Das hat Egon Bahr deutlich gemacht.



Dr. Erhard Eppler

Der Gedanke der kollektiven Sicherheit, wo jeder für die Sicherheit jedes anderen Verantwortung übernimmt, ist ein alter Gedanke sozialdemokratischer Außenpolitik, der schon aus den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts stammt und in den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts neu aufgenommen wurde. Er ist eine unmittelbare Konsequenz des Gedankens der gemeinsamen Sicherheit. Ich glaube, daß die Bündnisse in einer europäischen Friedensordnung im besten Fall aufgehoben werden können. Gestatten Sie hier dem Schwaben, daß er dieses Wort aufheben im Sinne seines Landesmanns Hegel benutzt: Aufheben der Bündnisse bedeutet auf eine andere Ebene heben, also weg von der Konfrontation; es be-

deutet aufbewahren, und es bedeutet, sie in ihrer bisherigen Intention annullieren. Auch in einer europäischen Friedensordnung wird wahrscheinlich unser Verhältnis zu Frankreich anders sein als das zur Tschechoslowakei; da wird also noch etwas übrig sein von den Bündnisssystemen. Natürlich kann das nicht bedeuten, daß wir uns heute ein Denkverbot oder gar ein Handlungsverbot auferlegen, darauf hat Frau Rix hingewiesen. Sie hat uns auch darauf hingewiesen, daß diese Entspannung zwischen den Bündnissen mit mehr Spannung in den Bündnissen einhergehen kann.

Bei der heutigen Diskussion habe ich an einen Satz im Irsee Entwurf gedacht: „Den Deutschen, geteilt und eingebunden in einander gegenüberstehenden Blöcken wachsen Aufgaben zu, die ihnen niemand abnehmen kann.“ Das bleibt wohl so. Das gilt für das Deutsch-Deutsche Verhältnis insgesamt, das sind wir zuständig. Das gilt für alles, was in Zentraleuropa, in diesen Zonen, von denen vorher die Rede war, zu tun wäre. Es gilt für die Vertretung deutscher und zentraluropäischer Interessen innerhalb der jeweiligen Blöcke. Es gilt übrigens auch für unser Verhältnis zum Süden. Ich glaube, wir Deutschen haben ein Interesse daran, dafür zu sorgen, daß es ein konstitutionelles Element einer europäischen Friedensordnung ist, eine offene Ordnung gegenüber ändern zu sein, vor allem gegenüber den Völkern des Südens.

Zur deutschen Frage finde ich auch eine andere Formulierung von Irsee viel realitätsnäher als die Diskussion in der CDU/CSU: „Es bleibt offen, ob und in welcher Form die Deutschen in beiden Staaten in einer europäischen Friedensordnung zu institutioneller Gemeinschaft finden.“ Da ist das Wort von dem „wieder“ nicht enthalten, aber die Möglichkeit institutioneller Gemeinschaft, wie immer sie ausseht, ist auch nicht verschlossen.

Daß wir Internationalisten sind, gilt auch für unser Verhältnis zu Westeuropa und Gesamteuropa. Eine der Kontroversen hier war ja: Vergessen wir nicht über Westeuropa zu sehr die gesamteuropäische Aufgabe? Das Westeuropa, das heute in der EG zusammengeschlossen ist, bedeutet von seinem ökonomischen Gewicht und seiner politischen Stabilität her für das westliche Bündnis mehr als die nicht-sowjeti-

schen zentral- und osteuropäischen Staaten für das östliche Europäische Gemeinschaft ist für uns auch Teil eines Konzeptes einer regionalisierten multipolaren Welt. Etwas vom Eruuligendsten der letzten Jahre ist, daß die Sowjetunion, auch das Comecon, Beziehungen zur europäischen Gemeinschaft als Institution suchen. Je selbständiger, je kräftiger, je selbstbewußter die europäische Gemeinschaft wird, desto fähiger wird sie auch, notfalls gegen amerikanische Einsprüche ihre Beziehungen zu den Staaten des anderen Blocks auszubauen. Ich bezweifle, daß es heute noch den Zielkonflikt gibt zwischen dem Ausbau der EG und einer gesamt-europäischen Vision. Allerdings eben nur, wenn diese europäische Gemeinschaft nicht das wird, was die Engländer „Inward-Looking“ nennen.

Es ist heute davon geredet worden, wodurch sich die **zweite Phase der Entspannung** von der ersten unterscheiden muß. Ich meine, daß sich die erste Phase der Entspannungspolitik vor allem auf eine Dimension, nämlich die Dimension des unmittelbaren Politischen (freier Zugang zu Berlin, Gewaltverzicht, Oder-Neiße-Grenze, das Verhältnis zur DDR) beschränken mußte. Ich weiß, daß es damals auch schon Gedanken zur Abrüstung gegeben hat. Sie sind aber nicht realisiert worden. Wenn wir jetzt von der zweiten Phase reden, bin ich nicht ganz sicher, ob die Berufung auf Harmel, wie wir sie von Herrn Schöuble gehört haben, uns noch sehr viel weiter hilft. Denn wie immer Harmel gemeint gewesen sein mag, er ist benutzt worden für eine Politik der politischen Entspannung bei fortgesetztem Wettrüsten. Dies funktionierte nicht, weil nämlich Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre das Wettrüsten die Entspannung überrollt hat. Horst Ehmke hat darauf hingewiesen: Jetzt muß in die zweite Phase, eine mehrdimensionale Phase, auch das militärische einbezogen werden. Also: gemeinsame Sicherheit statt Abschreckung. Übrigens heißt es da wieder im Irseer Entwurf: „Beruht Abschreckung auf gegenseitiger Vernichtungsdrohung, so verlangt gemeinsame Sicher-

heit den Abbau von Drohpotentialen bis hin zur beiderseitigen strukturellen Nichtangriffsfähigkeit.“ Natürlich bleibt da immer noch ein Element, wenn man so will, von Abschreckung übrig. Jeder hat immer noch gerade so viel, daß der andere, der auch nicht mehr hat, nicht einfach militärische Spaziergänge machen kann. Insofern gibt es einen Übergang von einem zum anderen. Ethisch gibt es gegen den Gedanken der gemeinsamen Sicherheit nur ein einziges Argument, nämlich, daß der andere partout nicht will. Was aber, wenn der andere partout will? Dann gibt es kein Argument gegen gemeinsame Sicherheit.

Lassen Sie mich hier noch andere Dimensionen ansprechen, um die es hier geht. Einige hat Peter Bender genannt: ökonomische, ökologische, kulturelle Zusammenarbeit. Schließlich gibt es noch eine Dimension, die wir in unserem Papier mit der SED zum ersten Mal sichtbar gemacht haben, nämlich das **Verhältnis der Systeme und Ideologien**. Bisher ist das immer säuberlich ausgeklammert worden, und zwar zu recht. Jetzt packen wir das an. Das hat aber ungeheure praktische, auch militärische Bedeutung. Solange beide Systeme sich gegenseitig die Existenzberechtigung und die Friedensfähigkeit absprechen, ergibt sich das Dogma auf beiden Seiten, daß nur die eigenen Waffen – also die Waffen der Nato hier, die Waffen der Roten Armee und des Warschauer Paktes dort – den Frieden bewahren, weil der andere nicht friedensfähig ist. Man braucht viele eigene Waffen, um den andern daran zu hindern, daß aus seiner Friedensunfähigkeit Aggression wird. Solange dies auf beiden Seiten das Dogma ist, kann auf jeder Seite nie zuviel, sondern immer nur zu wenig gerüstet werden. Man kann gar nicht zuviele Waffen haben, allenfalls zu wenige. Was sich auf beiden Seiten ideologisch eingefressen hat, ist die Ideologie einer endlosen Aufrüstung, und wer den Durchbruch zur Abrüstung will, muß auch an diese ideologischen Wurzeln herangehen.

Eine weitere Dimension sind die Men-

**schenrechte**. Niemand von uns bestreitet, daß die Menschenrechte in Europa noch wie vor verletzt werden. Bei uns etwa durch die Arbeitslosigkeit, drüben durch das, was wir jeden Tag erfahren. Ich halte es für einen deutlichen Fortschritt, daß nach der 6. Runde der Gespräche der Grundwertekommission mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, die wir jetzt in Freudenstadt hatten, der Chef der SED-Delegation vorgeschlagen hat, die nächste Runde in nächsten Frühjahr zum Thema Menschenrechte zu machen. Er selbst, Otic Reinhold, hat dies vorgeschlagen. Auch das wäre doch vor wenigen Jahren noch völlig unmöglich gewesen.

Meine letzte Bemerkung. Wer soll das eigentlich alles durchsetzen? Dazu haben sich heute auch einige gemeldet. Sicher hat die große sozialdemokratische Volkspartei hier eine ganz wichtige Aufgabe. Aber sie wird diese Aufgabe nicht bewältigen können, ohne daß sehr viele Menschen in den verschiedensten Gruppierungen mindestens in derselben Richtung arbeiten, auch dann, wenn man nicht immer im Detail einig ist. Eine große Volkspartei hat nicht nur Visionen darzustellen, ihr obliegt das mühselige, undankbare Geschäft der vielen kleinen Schritte. Ich wäre dankbar, wenn die Friedensbewegung akzeptieren würde, daß es nicht so sehr auf die Größe der Schritte ankommt als auf die Erkennbarkeit der Richtung. Wenn es jemals eine Periode sozialdemokratischer Geschichte gegeben hat, wo die Richtung unserer Friedenspolitik erkennbar war, dann doch wohl in den letzten Jahren. Die unmittelbarste Aufgabe wäre wohl für uns, das zu beseitigen, was ein Diskussionspartner die Antwortunfähigkeit der Nato genannt hat. Damit wären wir dann aus der Diskussion über die nächsten Jahrzehnte wieder zurück in die Diskussion über unsere Gegenwart. Was immer große Bewegungen schaffen können – wenn die Nato als Bündnis von 16 Staaten wieder antwortfähig werden will, dann geht das nur über Regierungen. Wir brauchen also eine andere.